Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

224 (26.9.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. **Telefon:** Nr. 128. — **Postzeitungsliste:** Nr. 8144. **Sprechstunden der Redaktion:** 12—1 Uhr mittags. **Redaktionsschluß:** 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 224. Karlsruhe, Dienstag den 26. September 1905. 25. Jahrgang.

Der Jenenser Parteitag

hat einen Verlauf genommen, der in der ganzen Partei nur das Gefühl der Befriedigung hervorrufen wird. Wenn unsere Feinde sich weniger befriedigt äußern, so ist das nur ein Beweis dafür, daß die Dinge ganz anders sich entwickelt und gestaltet haben, als sie es gehofft hatten. Mit dem „sozialdemokratischen Jena" ist es nichts. Der diesjährige Parteitag gehört mit zu den markantesten unserer Parteitage überhaupt.

Obwohl die Tagesordnung einige wichtige Punkte enthielt, über welche innerhalb der Partei tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen, verliefen die Verhandlungen in einer Weise, die auch bei den größten Pessimisten nur Gefühle der Befriedigung erwecken können. Die Organisation der Partei wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Es haben zwar die Vertreter der Staaten und Provinzen mit Landesorganisationen in einer Erklärung sich gegen einzelne Bestimmungen des neuen Organisationsentwurfs, von welchen sie eine Beeinträchtigung der bestehenden Landesorganisationen befürchteten, erklärt. Allein aus dieser Tatsache kann keineswegs geschlossen werden, daß eine Uneinigkeit bestände, die nach der nunmehr beschlossenen Neuorganisation in Erscheinung treten würde. In der Praxis werden sich, so hoffen wir wenigstens, die Befürchtungen der Gegner der neuen Organisation als unbegründet erweisen. Auf alle Fälle ist zu erwarten, daß die Genossen allerorts bemüht sein werden, auf Grund der neuen Bestimmungen die Organisation zu stärken und auszubauen, damit wir unsern Gegnern stets gewachsen sind.

Bei der Maifeierdebatte, die durch ein glänzendes Referat des Genossen Fischer eingeleitet wurde, kam das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften eingehend zur Sprache. Auch hier haben sich die Hoffnungen unserer Gegner in keiner Weise erfüllt. Die Resolution über die Maifeier fand einstimmige Annahme.

Ueber den Generalstreik fand eine Debatte statt, die zu den glänzendsten gehört, die auf unsern Parteitagen geführt wurde. In meisterhafter Rede schilderte Genosse Bebel die politische Situation in Deutschland, um zum Schlusse zu betonen, daß das deutsche Proletariat fest entschlossen ist, gegen etwa geplante Wahlrechtsräubereien sich mit allen Mitteln zur Wehre zu setzen. Gewiß gibt es Genossen, die auch in dieser Frage anderer Meinung sind als die energischen Befürworter der Propaganda für die eventuelle Anwendung des politischen Massenstreiks als Abwehrmittel gegen Verfassungsbruch und Wahlrechtsraub. Allein die Differenzen in den Ansichten beschränken sich in der Hauptsache darauf, ob es opportun sei, im gegenwärtigen Augenblick über unsere „letzten Mittel" zu diskutieren. Daß das deutsche Proletariat etwaigen Angriffen auf seine Grundrechte den entschiedensten Widerstand entgegensetzen muß, darüber herrscht vollste Uebereinstimmung. Die Debatten über diesen Punkt bildeten den Höhepunkt der Verhandlungen des diesjährigen Parteitages. Eine Rede wie die des Genossen v. Elm muß man gehört haben, um sich ihre Wirkung zu vergegenwärtigen; der Bericht kann diese Wirkung unmöglich wiedergeben. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß gerade die Verhandlungen über den politischen Massenstreik ihre Wirkung nach außen nicht verfehlen werden. Die Scharfmacher werden es sich wohl überlegen, das deutsche Proletariat zu einem Kampfe, wie ihn der Massenstreik mit sich bringt, herauszufordern.

Daß die unerquicklichen Streitereien, die seit Jahr und Tag innerhalb der Partei den Gegenstand berechtigter Klagen bildeten, nicht im Plenum des Parteitags zur Erörterung kamen, sondern durch einen Kommissionsbeschluß ihre Erledigung fanden, hat unsern Gegnern einen dicken Strich durch ihre Rechnung gemacht. In der Partei selbst ist man aber darüber einig, daß diese Erledigung der Sache die beste und zweckentsprechendste war. Der darüber gefaßte Beschluß gibt uns die Garantie, daß in Hinkunft Dinge, wie sie sich insbesondere gerade in den letzten Monaten und Wochen zugetragen haben, unmöglich sind. Insoweit Meinungsverschiedenheiten bestehen, sollen und werden sie in sachlicher Form, unter Achtung der gegenteiligen Ueberzeugung, zum Ausdruck kommen.

So hat der Jenenser Parteitag die Hoffnungen, die das organisierte Proletariat auf ihn gesetzt hat, in derselben Weise erfüllt, wie er die Hoffnungen unserer Feinde zerstört hat. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten über diese oder jene Fragen, die nach wie vor existieren, ist das deutsche klassenbewußte Proletariat in sich einig und geschlossen, bereit, alles daran zu setzen, um den Weg, der zu seinen Zielen führt, von Hindernissen frei zu halten, bereit, durch Organisation und Disziplin sich zu stärken, damit es seinen Feinden jederzeit gewachsen ist.

Badische Politik.

Sehr unbefriedigt

ist auch die Bad. Landeszeitung über den Verlauf unseres Parteitags. Sie druckt einen wüsten Schimpfartikel aus den Leipziger Neuesten Nachrichten ab und hofft damit offenbar, ihren Lesern eine Freude zu bereiten. Die Karlsruher Arbeiterschaft wird auf diese wüste Schimpferei am 19. Oktober quittieren.

Die Konservativen

haben den Rat des Zentrumsführers Wacker befolgt und in 13 Landtagswahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Es sind dies folgende Bezirke: Emmendingen-Kenzingen, Lahr-Altenheim, Ettlingen-Durlach-Pforzheim, Karlsruhe-Land, Durlach-Bruchsal, Bretten-Bruchsal, Eppingen-Sinsheim-Wiesloch, Sinsheim-Neckarbischofsheim, Heidelberg-Wiesloch, Schwetzingen, Weinheim-Mannheim und Adelsheim-Boxberg.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch diese Taktik der Konservativen einige Mandate des Blocks sehr gefährdet werden. Das Zentrum wird alles tun, um den Konservativen zum Sieg zu verhelfen.

Die badischen Eisenbahnen

haben im Monat August nicht bloß gegenüber dem Vorjahr ein höheres Erträgnis aufzuweisen, sie waren auch trotz unserer vielen Seitenlinien in den Odenwald und Schwarzwald wesentlich ertragreicher als die deutschen Eisenbahnen im allgemeinen. Nach der vom Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht ergab auf allen Bahnen Deutschlands der Personenverkehr auf 1 Kilometer Betriebslänge 1366 Mk., der Güterverkehr 2480 Mk. Die entsprechenden Ziffern für die badischen Bahnen sind dagegen **2032 Mk.** bezw. **2652 Mk.** Demnach waren die Eisenbahnen des badischen Güterverkehrs um 7 Proz. und diejenigen des Personenverkehrs sogar **um 49 Proz. höher als der** Durchschnitt für ganz Deutschland.

Landesversammlung der badischen Zentrumspartei.

Offenburg, 25. Sept. Im Unionssaale dahier fand heute die sehr zahlreich besuchte Landesversammlung der Zentrumspartei statt. Neben den Mitgliedern des Zentralkomitees, der Abgeordneten und Kandidaten der Partei hatten sich die Vertrauensmänner der einzelnen Bezirke und sonstige Anhänger der Partei eingefunden. Den Vorsitz führte Herr Reichstagsabgeordneter Fehrenbach-Freiburg. Den ersten Vortrag hielt der Vorsitzende des Zentralkomitees, Herr Geistl. Rat Wacker, über die politische Lage in Baden. Bei Beurteilung derselben kämen vor allem zwei Faktoren in Betracht: Die Regierung und die Parteien. Die Verhältnisse haben sich in den letzten 30 Jahren wesentlich geändert. Die Regierung habe eingesehen, daß sie über den Parteien stehen müsse. Ein wesentliches Verdienst, daß es so gekommen, falle der Zentrumspartei zu. Wenn es am Wahltage Sieger und Besiegte gebe, dann dürfe die Regierung weder zu den einen noch zu den anderen gehören. Das Zentrum wolle auch nach der Wahl an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern, aber das verlange es, daß nach jeder Richtung hin den Tatsachen Rechnung getragen werde. Was die Parteien betreffe, so sei in den letzten Jahrzehnten eine große Zersplitterung unter den Parteien eingetreten, die sich hauptsächlich auf Kosten der Nationalliberalen zugunsten des Zentrums vollzogen habe. Das Zentrum sei gleich geblieben. Dieselbe Stellung wie zu den Nationalliberalen, nehme das Zentrum auch dem gesamten Block gegenüber ein. Die Sozialdemokratie könne die Unterstützung des Zentrums nicht haben. Der Redner bespricht dann die parlamentarischen Aufgaben des nächsten Landtages und die Stellung der Zentrumsfraktion zu denselben, insbesondere die Schulfrage und das Amtsverkündigerwesen an der Hand des Wahlaufrufs der Partei, der demnächst veröffentlicht wird. Herr Landgerichtspräsident Zehnter wandte sich gegen den Vorwurf des „Volksverrats", den man gegen das Zentrum wegen seiner Stellung zur Verfassungsreform erhoben habe. Herr Geistl. Rat Wacker sprach sich dann noch über die Situation in den einzelnen Wahlkreisen aus und begründete eine vom Zentralkomitee gefaßte Resolution gegen die Wahlumtriebe im Bezirke Eberbach-Buchen. Die bisherigen Mitglieder des Zentralkomitees wurden einstimmig wiedergewählt und hierauf die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

? **Furtwangen.** Das hiesige Pfarrhoforgan bringt einen, Aus Böhrenbach datierten, wahrscheinlich aber in der Nähe der schwarzen Offizin fabrizierten Artikel über die Prügelstrafe in Dänemark und bemerkt am Schlusse, daß die Prügelstrafe auch in Deutschland zur Wiedereinführung zu empfehlen sei. Nun ist in Dänemark diese Strafe vornehmlich für Sittlichkeitsverbrecher bestimmt. Die Leser des Furtwangener Pfarrhoforgans erfahren zwar nie etwas von den Sittlichkeitsverbrechen im Priesterrock. Um so mehr werden natürlich die andern Sittlichkeitsverbrecher, die nicht den Priesterrock getragen haben, an den Pranger gestellt. Wenn in Deutschland für dieses Verbrechen die Prügelstrafe eingeführt würde, so würden gar manchem blaue Riemen auf die Haut geschlagen werden, der sich über die „sittenlose" Sozialdemokratie nicht genug hat entrüsten können, vorausgesetzt, daß die Herren im Talar nicht etwa privilegiert, d. h. von der Prügelstrafe ausgeschlossen würden. Uebrigens ist es eine Erfahrungstatsache, daß Roheitsdelikte nicht durch Roheitsakte verhindert oder auch nur an Zahl gemindert werden können. Prügel, Scheiterhaufen und Folter sind die Ideale unserer schwarzen Patentchristen. Sie beweisen, indem sie für diese „Kulturinstrumente" schwärmen, nur welch rückständige Kultur sie vertreten. Wehe, wenn dieser Gesellschaft die Macht wieder in die Hände fiele.

Landtagswahlbewegung.

Für den 53. Bezirk Bretten-Bruchsal

haben die Konservativen und Bauernbündler den Rechtsanwalt Schmidt in Bretten aufgestellt.

In Freiburg

hat das Zentrum folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Bezirk: Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Konstantin Fehrenbach; 2. Bezirk: Professor Heinrich Bihler (beide seitherige Abgeordnete); 3. Bezirk: Bäckermeister und Feuerwehrkommandant Karl Hauser.

Ueber die Aussichten des Blocks

in den vier Karlsruher Bezirken schreibt die Straßb. Post:

Der erste Bezirk ist von Zentrum und Sozialdemokratie stark bedroht, doch ist bei eifriger Arbeit der Bezirk für die Nationalliberalen zu gewinnen. Der zweite Bezirk wird sicherlich im ersten Wahlgang schon gewonnen. Im dritten Bezirk, der ebenfalls sicher ist, haben die Freisinnigen den Rechtsanwalt Frühauf als Kandidaten aufgestellt. Die Kandidatur in der Südstadt hat die Demokratie dem Lokomotivführer Herrmann übertragen. Der Bezirk wird meist von Arbeitern und niederen Beamten bewohnt, und stellt von allen Stadtteilen die meisten sozialdemokratischen Stimmen. Der Erfolg des Blocks ist nicht ganz sicher, bei eifriger Arbeit und wenn das Zentrum die Sozialdemokratie in der Stichwahl nicht unterstützt, ist aber auch hier ein Sieg des Blocks möglich.

Dazu bemerkt der Bad. Beobachter:

Nicht ganz sicher, sicher, sicherer am sichersten: so steht es nach diesem Artikel mit dem Sieg des Blocks in Karlsruhe. Wir beneiden den Herrn um nichts, als um seinen Optimismus. Wenn ein Bezirk der Sozialdemokratie sicher ist, dann ist es der Südstadtbezirk. Wenn es dort zu einer zweiten Wahl kommt und das Zentrum enthält sich der Stimme, dann siegt die Sozialdemokratie mit Glanz; denn in der Südstadt ist die Sozialdemokratie weitaus die stärkste, das Zentrum die zweitstärkste Partei und es ist nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum dort mehr Stimmen bekommt, als der gesamte Block. Aehnlich, nur unbedeutend besser, steht es für den Block im ersten Bezirk (Oststadt). Auch der dritte Bezirk (Weststadt) bietet dem Block durchaus keine sichere Aussicht auf Sieg. Letzteres gilt nur bei dem zweiten Bezirk, welcher die wenigsten Wahlberechtigten hat und günstig für den Block herausgeschnitten ist.

Die Angst bei den Blöcklern muß wirklich sehr groß sein, wenn sie sich selbst etwas vorzutäuschen versuchen.

ō **Aus dem 46. Wahlbezirk.** Mit Genugtuung können wir auf unsere Versammlungen vom Sonntag in Spessart und Ettlingen zurückblicken. Die Teilnehmerzahl hat sich gegenüber den vorhergegangenen Versammlungen bedeutend vermehrt, was besonders für die Ettlinger Versammlung zutrifft, trotzdem von hübischer Hand sämtliche von uns angeschlagenen Plakate abgerissen wurden. Sogar das Plakat an der städtischen Anklebetafel vor dem Polizeibureau wurde entfernt. Wenn die Gegner solche niederträchtige Mittel im Kampfe gegen uns anwenden müssen, so kann das unsere Siegeshoffnung nur stärken.

Unser Referent, Landtagskandidat Müller aus Pforzheim, erläuterte in vorzüglicher Rede unser Programm. Der stürmische Beifall der Spessarter Bürger zeigte dem Redner, daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen hat. An das Referat knüpfte sich eine lebhafte, jedoch anständig und sachlich geführte Diskussion.

In Ettlingen konnte sich die Redekraft des Referenten, in Rücksicht auf die Strapazen vom Mittag, nicht mehr so voll entfalten, wie das in Spessart der Fall war; trotzdem erledigte sich der Kandidat seiner Aufgabe in anderthalbstündiger Rede in glänzender Weise, wie das ja auch der Beifall, welcher den Redner mehrmals unterbrach, bewies.

Beinahe wäre uns auch noch die Freude geworden, den nationalliberalen Kandidaten in unserer Versammlung in Spessart zu sehen. Er und seine Begleitung hatten sich scheinbar verirrt und ein böses Geschick lenkte ihre Schritte zu uns; leider konnten sie sich trotz freundlicher Einladung unsererseits nicht entschließen, bei uns zu verweilen und traurigen Herzens sahen wir sie Schöllbronn zu weiter ziehen.

= **Rußheim.** Am Sonntag fand hier eine sehr stark besuchte Wählerversammlung statt, in welcher sich unser Kandidat Gemeinderat Wilh. Schäufele von Rintheim vorstellte. In trefflichen Worten schilderte er die Bedeutung der diesjährigen Landtagswahl, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Genosse W. Kolb, Karlsruhe behandelte in längerer Rede das Thema Industriearbeiter und Landwirte. Wie sehr es der Redner

Hochzeit.

Eine Bauerngeschichte von Ludwig Thoma.

14) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Den Schloßberg hinauf gingen viele Leute. Die einen sprachen im Bezirksamte vor und erkundigten sich nach dem Stande ihrer Angelegenheiten, die nach ihrer Meinung nun schon lange genug bei der königlichen Behörde „schwebten". Andere besuchten den Herrn Rentamtmann und zählten in harten blanken Talern den Betrag der Steuern und Bodenzinse auf den Tisch; mancher tat es mit einem tiefen Seufzer und der aufrichtig gemeinten Bemerkung, daß es jammerschadesei um das schöne Geld.

Den größten Zuspruch hatte aber das auf dem Berg zu oberst gelegene Amtsgericht. Im Gerichtssaal drängten sich die Neugierigen, denen eine öffentliche Sitzung so viel Spaß bereitete wie ein Theater. Hie und da kam ein Bekannter aus der Umgegend zum Aufruf, und man hatte das Vergnügen, ab und zu etwas zu erfahren, was einem der Freund gewiß nicht anvertraut hätte. Auch die Advokaten, welche aus München herbeigeeilt waren, ermangelten nicht, die Lustbarkeit zu erhöhen. Sie überboten sich an Zungenfertigkeit und verstandesreicher Kenntnis der Gesetze. Die Zuhörer bewunderten solche Gaben, die ihnen selbst gänzlich fehlten und schätzten prüfend den Wert jedes einzelnen Redners. Diese Aufmerksamkeit konnte von Nutzen sein, denn niemand weiß heute, ob er nicht morgen einen Prozeß hat und einen scharfen Vertreter braucht. — Der Amtssitz des königlichen Notars, welcher sich am unteren Ende des Marktes befindet, war heute gleichfalls sehr gut besucht. Die Herren Wassermann und Meyer Männlein hatten wieder ein großes Anwesen erworben und die Nachbarn des Verkäufers kauften nun von ihnen die Grundstücke, welche sie vorher verschmäht hatten. Guter Handel gedeiht nicht ohne Streiten und Lärmen; das wußten Männlein und Wassermann aus ihrer langjährigen Praxis und sie fühlte sich in ihrem Elemente, wenn recht heftige Reden gegen sie geführt wurden. Den gröblichsten Beleidigungen gewannen sie eine scherzhafte Seite ab, wenn dadurch der Handel vorwärts ging; manchmal freilich mußten sie ihr Ansehen wahren, wenn ein Schimpfwort zugleich die Absage bedeutete, oder wenn der Schimpfende als Zahler von minderem Werte war.

Wie zum Beispiel der Kleingütler Blasius Hörmann, welcher dreißig Dezimalen Wiesengrund behufs Abrundung erwerben wollte und sich äußerst ungeberdig benahm, als ihm der Preis genannt wurde. Wassermann hörte ihm zuerst mit mildem Lächeln zu, da er vermeinte, daß gerade diese Heftigkeit das beste Zeichen für die starke Kauflust des Gütlers sei. Als aber Blasius Hörmann immer halsstarriger und unfeiner wurde und zuletzt allen Ernstes versicherte, daß er mit so einem laufigen Halsabschneider durchaus gar nichts mehr zu tun haben wolle, da wurde auch Wassermann ungehalten.

„Wer bist du?" fragte er den schreienden Landmann. „Was glaubst du? Du bist mir zu wenig, daß ich mich abgebe mit dir." Und als Wassermann sah, daß von den Anwesenden sich niemand für Blasius Hörmann erwärmte, fügte er bei: „Du bist mir überhaupt zu gemein."

„Wos bin i, du Herrgottsakrament? Daß i di sei net glei niederschlag, du Blutsmensch." Hier legte sich der königliche Notar ins Mittel und erläuterte dem widerhaarigen Gütler, daß er sich nicht auf dem Lande bei den Saubauern befinde, und daß ein Amtszimmer nicht zu verwechseln mit einer Bierwirtschaft. Da Hörmann immer noch etwas zu entgegnen wußte und sich nicht einmal der staatlichen Autorität beugte, mußte er den Schauplatz verlassen. Er tat dies, indem er Herrn Wassermann noch einige Proben seiner Wertschätzung vorlegte. Allein dieser zeigte durch verächtliches Achselzucken, daß er den geringen Bildungsgrad des Beleidigers zu würdigen wisse und sagt nur, als Hörmann bereits im Hausgange plärrte: „Es is gut, daß er draus is. Er is ä Lümmel."

Die Verhandlungen nahmen ihren lebhaften Fortgang; die Verkäufer sprachen auf die Bauern ein, die Schmuser drängten, der Notar gab seine Meinung dazu. Hie und da nahm Männlein einen Kauflustigen auf die Seite und raunte ihm geheimnisvoll ins Ohr: „Ich will dir was sagen, Wagenbauer, du kriegst das Tagwerk um dreißig Mark billiger — weil du's bist. Aber es wird nix mehr geredt." Währenddem klopfte es heftig an der Tür: jemand probierte an der Klinke herum und stieß mit den Kieen gegen die Füllung. „Was isch denn des wieder für a ung'hobelter Gascht!" schrie der Noter, den die Verhandlungen in etwas gereizte Stimmung versetzt hatten.

Die Tür gab endlich dem Druck nach und auf der Schwelle erschien unser Reischl, hinter ihm die Reischlin und Andrä, und über dessen Schulter hinweg sah man das schwarze Kopftüchel der Emerentia Salvermoser neben dem schlauen Gesicht des Schäfers Nepomuk Feichtl von Watzling.

„Wer seid 'r denn?" fragte der Notar den Reischlbauern mit gut vernehmbarer Stimme.

„I? I bi da Reischl vo Pellham."

„Ja, des mußt scho saga, des ka 'n i it schmecka. Zu was kommscht denn da' rei? Willscht au Grundschtück kaufa?"

„Kaafen? Na, kaafen will i gar nix?"

„Für was schtehscht denn hernach do? Heh? Red a mal, mueß ma dir alles rausziaga?

„An Uebergab möcht ma vabriefen, und an Eh'vatrag

„Ja, was fallt d'r denn ei? Glaubscht du, i ta alles auf oimal macha? Glaubscht, i laß alles liega und schteah, wegen deiner Uebergab?"

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Das erste Stiftungsfest der Berliner Jugendorganisation, das am 16. d. Mts. in der Brauerei Friedrichshain stattfand, nahm einen recht würdigen Verlauf. Der große Konzertsaal war dicht gefüllt. Nach den übrigen einleitenden Konzertstücken gelangte der Prolog durch seinen Schöpfer, Genossen Otto Krille, zum hinreißenden Vortrag.

Es heißt in diesem „Gesang der Jungen":

Wir sind der junge Staat, erzeugt
Vom Proletarierweibe.
Uns hat die Mutter Not gesäugt
An ihrem dürren Leibe.
Aus elendsdunkler Hütte Schoß
Mit wunden Füßen nackt und bloß,
Sind wir emporgestiegen.
Vor uns der sonnetrunkne Tag,
Nun gehts hinein mit Schwerterschlag
Zum Sterben oder Siegen.

Darauf ergriff Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein das Wort zu der Festrede. Einen kurzen Rückblick auf das verflossene erste Jahr gebend, entrollte er die Aufgaben des Vereins. Dieser soll seinen Mitgliedern ein Schutz sein gegen die Gefahren des Dasein, in materieller und sittlicher Hinsicht, die gerade die arbeitende Jugend zahlreich bedrohen, und soll sie, frei von jeglicher politischen Tendenz, bilden und aufklären. — Das Vorurteil, das man von verschiedenen Seiten dem Verein anfangs entgegenbrachte, würde wohl der heutige Tag beseitigen. Denn dieser beweise, daß die Jugendlichen, die sich ihre Organisation selbst geschaffen und durch alle gefährlichen Klippen geleitet haben, wohl imstande sind, ihre Interessen selbst zu vertreten. Mögen deshalb die Jugendlichen auch in Zukunft, ungeachtet der Bekämpfungen und Verlockungen, die sicher den Verein heimsuchen werden, vorwärts schreiten, eingedenk der Worte: „Blick nicht rechts, nicht links — geradezu, so hast du Ruh."

Eine romantische Geschichte. Ein bekannter New-Yorker Rechtsanwalt, dessen Name dafür bürgt, daß seinen Worten Glauben beizumessen ist, hat dieser Tage eine wohl einzig dastehende Geschichte von der heroischen Opfertat eines amerikanischen Studenten für die Ehre seiner Geliebten verlauten lassen. Vor etwa 1 1/2 Jahren war der junge Mann, der bei seinen Freunden ebenso beliebt wie von seinen Professoren geachtet war, zum namenlosen Schmerze seiner Eltern plötzlich verschwunden, ohne daß jemand seine Spur entdecken oder sein Verbleiben auch nur ahnen konnte. Jetzt weiß man, daß er als vermeintlicher Einbrecher unter falschem Namen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und fast schon die Hälfte seiner Strafzeit in Sing-Sing verbüßt hat. Und weshalb hat er, der Unschuldige, ein derartiges

verstanden hat, die zahlreich anwesenden Landwirte von der Richtigkeit seiner Ausführungen zu überzeugen, das bewies der stürmische Beifall, welcher ihm gezollt wurde. Zuversichtlich dürfen wir hier auf eine beträchtliche Vermehrung unserer Stimmen hoffen.

□ **Pfullendorf.** Auch hier hat unsere Partei festen Fuß gefaßt. Die Wählerversammlung, in welcher unser Kandidat Genosse Krohn sprach, erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs. Die Rede Krohns fand allgemeine lebhafte Zustimmung. Wir hoffen bestimmt auf einen Stimmenzuwachs am 19. Oktober.

Deutsches Reich.

Ueber die Einkerkerung des holländischen Staatsbürgers Nieuwenhuis

durch die Kölner Polizei ist jetzt festgestellt, daß N. am 11. September nach seiner Ankunft in Köln den ganzen Vormittag über bespitzelt wurde. Als er nachmittags um 3 Uhr behufs Fahrt nach Marburg zum Besuche eines dortigen Freundes — keines Anarchisten — auf den Kölner Hauptbahnhof ging, wurde er von einem Polizeiinspektor verhaftet. Der Marburger Freund, ein geborener Kölner, dessen Familie dem Polizeipräsidenten sehr nahe steht, da der letztere bei dem Haupte dieser Familie intim verkehrt, teilte dem Polizeipräsidenten mit, daß Nieuwenhuis in der Tat die Absicht gehabt habe, bei ihm am Tage der Verhaftung in Marburg einzutreffen. Der Kölner Polizeipräsident wußte also, daß Nieuwenhuis' Anwesenheit im Rheinlande sehr harmloser Natur war, und daß er auf der Rückreise vom Pariser Freidenkerkongreß lediglich von Köln jenen Abstecher machen wollte. Statt N. nun einfach nach seinem Heimatlande auszuweisen, wurde er von der Polizei in Gewahrsam genommen, um ihm den Prozeß wegen Uebertretung des § 361,2 zu machen („Mit Haft wird bestraft, wer, nachdem er des Bundesgebiets oder des Gebiets eines Bundesstaats verwiesen ist, ohne Erlaubnis zurückkehrt"), und ihn dann erst auszuweisen. Im Jahre 1890 oder anfangs der neunziger Jahre ist nämlich N., damals noch Sozialdemokrat, polizeilich aus Bielefeld ausgewiesen worden. Das Skandalöseste an der ganzen Sache ist die Tatsache, daß am zwölften Tage nach der Verhaftung, am Freitag, N. immer noch nicht vor den Richter geführt war, der über ihn einen Haftbefehl zu verhängen oder ihn in Freiheit zu setzen hatte. N. befand sich am Freitagmittag immer noch in sogenanntem „polizeilichen Sicherheitsgewahrsam". Die Befassung des Parteitags mit der Angelegenheit am Donnerstag scheint eine Beschleunigung des Verfahrens zur Folge gehabt zu haben; wahrscheinlich ist die Zuführung des Verhafteten zu dem zuständigen Richter inzwischen erfolgt. Daß die Kölner Polizei nicht auf eigene Faust handle, war anzunehmen. In der Tat ist dem Minister des Innern schon zweimal in der Sache Bericht erstattet worden, und so ist denn der preußische Polizeiminister die Hauptperson geworden in dieser neuesten internationalen Polizeiblamage.

Eine besondere Hofuniform

ist für die Professoren gleich den Direktoren an den großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Gymnasien eingeführt worden. Der mit goldenen Knöpfen besetzte Frack hat einen karmoisinroten, golddurchwirkten Kragen und ebensolche Aermelaufschläge, Weste und Beinkleid mit Goldbiese sind weiß, der Stichdegen hat einen goldenen Griff, und den zweispitzigen Hut mit goldener Raupe ziert eine Kokarde. — Nun sage einmal einer, daß dem Schulwesen im Lande des Ochsenkopfes nicht „auf die Beine geholfen" wird! —

Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Im Landtagswahlkreis Stadtilm siegte bei der Stichwahl der Freisinnige Schrodt über den sozialdemokratischen Kandidaten Scholl. Der Landtag setzt sich nun definitiv aus 8 bürgerlichen und 8 sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen.

Ausland.

Frankreich.

Die zweijährige Dienstzeit in der französischen Flotte. Der Moniteur de la Flotte meldet, der Marineminister bereite einen Gesetzentwurf über die Rekrutierung der Marine vor, der besonders die Veränderungen betreffe, die das Gesetz über die zweijährige Militärdienstzeit auch für die in den Marinerollen eingeschriebenen Seeleute sowie für die Rekrutierung überhaupt zur Folge haben könnte.

Schweden.

Generalstreik für Erhaltung des Friedens. Wie Laffans Bureau aus Stockholm meldet, beschloß die sozialdemokratische Partei Schwedens in einer Versammlung am Mittwoch, falls zwischen Schweden und Norwegen der Krieg erklärt werden sollte, den Generalstreik auszurufen und den Waffendienst zu verweigern.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Durlach, 25. Sept. Zum Schuhmacherstreik. Nachdem nun schon die vierte Woche verstrichen, erachten wir es für nötig, das Publikum über die derzeitige Lage aufzuklären. Trotzdem wir in zwei Artikeln im Volksfreund nachgewiesen, was die Ursache des Streiks war, so werden doch immer wieder Mißverständnisse in der Arbeiterschaft Durlachs hervorgerufen. Wir können dies nur auf die Wirtshausgespräche zurückführen, die Herr Falk führt, um die Leute zu täuschen. Den besten Beweis, den wir liefern können, ist ein Vorfall, der sich vorige Woche abgespielt. Herr D. H. Falk hatte nämlich 3 Arbeitswillige ergattert und jedem fünf Mark Extravergütung versprochen. Nachdem diese ein paar Tage gearbeitet hatten, ließ er sie auf sein Kontor rufen und erklärte ihnen, daß er pro Paar einen Pfennig abziehe, sie sollten sich gegenseitig aussprechen, wie sie sich dazu stellen. Die Arbeitswilligen haben sich dann auch ausgesprochen, aber gründlich; denn es verließen 8 von den 4 das Geschäft. Bei der Lohnzahlung erklärte ihnen Herr Falk, daß sie ihre 5 Mark Extravergütung erst die nächste Woche erhalten würden, jedoch sie verzichteten darauf.

Wir wollen noch einen Vorfall kurz anführen. Herr Falk bestellte bei der Lohnzahlung einen Schutzmann auf sein Kontor, dieser sollte den einen Arbeitswilligen an die Bahn bringen und ihm ein Billet nach Heilbronn lösen. Der Arbeiter hatte 22 Mk. verdient und von diesem Betrag wollte er ihm sage und schreibe 1 Mark geben, was der Arbeiter aber mit den Worten zurückwies, daß er seinen verdienten Lohn verlange.

Nun, wir glauben durch diese Vorkommnisse zur Evidenz bewiesen zu haben, um was es sich bei diesem Streik handelt: zuerst die Vernichtung der Organisation, dann der Abzug. Wir haben Herrn Falk noch nie für klug gehalten, jedoch daß er das Problem des Abzugs gleich an seinen ersten Arbeitswilligen während des Streiks machte, das hätten wir doch nicht geglaubt. Daß wir unter solchen Umständen berechtigt sind, diesen Kampf zu führen, wird uns jeder vernünftige Mensch zugestehen, zumal in einer Zeit, da die Lebensmittelpreise so rapid steigen und es einem Familienvater ohnedies schwer gemacht wird, zu existieren und sich mit seiner Familie ehrlich durchs Leben zu schlagen. Wir hoffen auch in Zukunft, daß uns die Durlacher Arbeiterschaft in unserem Kampfe unterstützt.

Das Streikkomitee.

Der Zuzug von Granitarbeitern nach dem badischen Schwarzwald ist streng fernzuhalten. Seit 18. September sind ca. 250 Italiener im Streik. Die Arbeitgeber machen krampfhafte Anstrengungen, um Arbeitswillige heranzuziehen. Daß dieses ein nutzloses Beginnen, dafür mögen die Steinarbeiter allerorts Sorge tragen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck ersucht.

Der Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie liegen folgende, von den Lagerarbeitern der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft gestellte Forderungen zugrunde: Als Anfangslohn pro Stunde 33 Pf., nach einem Monat 36 Pf., nach 6 Monaten 39 Pf., nach 9 Monaten 42 Pf., nach einem Jahr 45 Pf., nach eineinhalb Jahren 48 Pf. und nach zwei Jahren 50 Pf.

Sie hatten bisher einen Anfangslohn von 30 Pf., nach 3 Monaten 32 Pf., nach 6 Monaten 34 Pf., nach 9 Monaten 36 Pf., nach einem Jahr 38 Pf. und nach zwei Jahren 40 Pf., steigend um weitere 2 Pf. bis 52 Pf. nach 10 Jahren. Die Frauen hatten bisher 22 Pf. Stundenlohn. Da nur wenige Frauen in Betracht kommen, wurde deren Forderung von 25 Pf. bewilligt. Die Mitfahrer hatten bisher einen Anfangslohn von wöchentlich 21 Mk., nach einem Jahr 22 Mk., steigend um jährlich pro Woche 1 Mk. mehr bis zum Höchstlohn von 27 Mk. nach sechs Jahren. Gefordert wurden als Anfangslohn 24 Mk., steigend bis nach zwei Jahren auf 27 Mk. Es handelte sich also nur um eine geringfügige Aufbesserung des Anfangslohnes und eine frühere Erreichung des Höchstsatzes. Nun machte die Direktion zwar einige geringfügige Zugeständnisse, die den Arbeitern jedoch zu niedrig erschienen. Infolgedessen legten sie die Arbeit nieder.

Am Sonntag haben vierzehn Versammlungen getagt, um Kriegsrat zu halten über Fortsetzung oder Beendigung des von den Unternehmern heraufbeschworenen Riesenkampfes. Aber die erwartete Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Eine neuere Meldung besagt: Auf Wunsch der Arbeiterausschüsse haben die Firmen Siemens u. Halske, Siemens-Schuckert und Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, da die ersteren erklärten, mit ihren Verhandlungen noch nicht fertig zu sein, die für Montag Abend 6 Uhr abgelaufene Frist für die Abgabe der in der Erklärung verlangten Antwort bis auf Dienstag Mittag 12 Uhr verlängert.

In Rorschach ist in der Gießerei, in welcher der Arbeiterkrawall vorkam, nachträglich eine Einigung erzielt worden. Wozu also Belagerungszustand?

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Stadt Karlsruhe.

Nachdem die Ortsverwaltung der hiesigen Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes in zwei Flugblättern — oder auch Zirkularen — sowie in einem Zeitungsartikel den Austritt der hiesigen Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes aus dem Gewerkschaftskartell zu rechtfertigen versucht hat, sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, Stellung zu der Sache zu nehmen und ihrer Meinung rückhaltlos Ausdruck zu geben. Dabei ist es nicht zu verwundern, daß auch auf die seit Monaten in den hiesigen Gewerkschaftskreisen lebhaft erörterte Ausschlußangelegenheit eingegangen wird.

In dem Zirkular, das die Ortsverwaltung der Metallarbeiter an die Mitglieder versandte, heißt es, daß der Beschluß der hiesigen Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes, aus dem Kartell auszutreten, nur deshalb gefaßt wurde, weil

in den letzten beiden Kartellsitzungen unsere (d. h. der Metallarbeiter) Vertreter auf das schwerste beleidigt wurden und weil unsere Vertreter des Stimmrechts beraubt wurden".

Demgegenüber müssen wir feststellen, daß von einer Beleidigung der **Vertreter** der Metallarbeiter in den beiden Kartellsitzungen vom 13. Juli und 10. August d. J. nicht die Rede sein kann. Auch ist es **unrichtig,** daß die Vertreter der Metallarbeiter **ihres Stimmrechtes beraubt** wurden. **Die Leute, welche die Ortsverwaltung der Metallarbeiter als Vertreter bezeichnet, hatten gar kein Stimmrecht;** sie konnten desselben mithin auch nicht beraubt werden. Daß dem so war, daran trägt **die Ortsverwaltung der Metallarbeiter ganz allein die Schuld.** Pflicht der Ortsverwaltung wäre es gewesen, nachdem die bisherigen Vertreter der Metallarbeiter, Mehr, Haid usw. aus dem Verband ausgeschlossen bezw. ausgetreten waren, eine **Neuwahl der Vertreter durch eine Mitglieder-Versammlung** vornehmen zu lassen. Statt dessen aber wählte eine Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter die Vertreter zum Kartell über die Köpfe der Mitglieder hinweg. Die Kartelldelegierten stellten sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt, daß, wie im Statut des Kartells bestimmt ist, nur **von den Gewerkschaften gewählte** Vertreter Stimmrecht haben und daß nach dem Kartellstatut die von der Ortsverwaltung der Metallarbeiter ernannten Vertreter kein Stimmrecht haben könnten. Die betr. Bestimmung des Kartellstatuts wurde seinerzeit mit Zustimmung der Metallarbeiter beschlossen und von diesen selbst auch bis dahin eingehalten.

Aus der Beachtung der Bestimmungen des Kartellstatuts, die unter Mitwirkung der in der hiesigen Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes maßgebenden Persönlichkeiten zustande kamen, wird jetzt ein **„Stimmrechtsraub"** gemacht, um die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gegen das Kartell zu verhetzen!

In einem an die Vorstände der hiesigen Gewerkschaftsfilialen gerichteten Flugblatt heißt es, es sei eine grobe Unwahrheit, wenn nicht schlimmeres, wenn behauptet werde, daß der Austritt der Metallarbeiter von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß der Vorsitzende der hiesigen Metallarbeiter, Genosse Sauer, wiederholt den Austritt angedroht hat, wogegen einmal ein Delegierter der Metallarbeiter in der Kartellsitzung protestierte.

Wir kommen nun zu der Kartellsitzung vom 13. Juli dieses Jahres. In dieser Sitzung wurde der am 6. Juni als Kartellvorsitzender gewählte Vorsitzende der Metallarbeiter von einem Delegierten der Schneider, dem Genossen Weiß, für unwürdig erklärt, den Posten des Kartellvorsitzenden zu bekleiden, weil gegen Sauer der Vorwurf erhoben wurde, Gelder unterschlagen zu haben. Es durfte wohl für jeden Einsichtigen und Vorurteilslosen klar sein, daß das Kartell darüber nicht stillschweigend hinweggehen konnte, **handelte es sich doch nicht mehr um den Vorsitzenden der Metallarbeiter,** sondern **um den des Kartells.** Die Sache war, ohne daß das Kartell es wollte, zur Kartellsache geworden. Es wurde nunmehr eine Untersuchungskommission eingesetzt. Darin sieht die Ortsverwaltung der Metallarbeiter einen unberechtigten Eingriff, eine Einmischung in Sachen, die es nichts angehen. Als ob es dem Gewerkschaftskartell gleichgiltig sein könnte, wenn gegen seinen Vorsitzenden in aller Oeffentlichkeit derartige Vorwürfe erhoben werden. Eine gewissenhafte Untersuchung der ganzen Angelegenheit lag gerade im Interesse des Genossen Sauer. Nichts wäre besser geeignet gewesen, allen Gerüchten und Redereien über den Genossen Sauer ein gründliches Ende zu bereiten, als eine gewissenhafte Untersuchung. Dazu wäre die Vorlage des gesamten Materials erforderlich gewesen, wozu man sich aber seitens der Leitung der Metallarbeiter nicht verstehen konnte. Man verschanzt sich hinter den Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes, der an Sauer keinen Tadel gefunden haben soll. Da aber die vom Gewerkschaftskartell eingesetzte Kommission der Ansicht war, daß die Untersuchung des Zentralvorstandes nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit geführt worden sei und die Kommission aus der Verweigerung des Untersuchungsmaterials ihre Schlüsse zog, werden die der Kommission angehörigen Genossen Weiß, Röhrig und Schulz beschimpft und ihnen die Fähigkeit abgesprochen, in Gewerkschaftskreisen ein Richteramt zu bekleiden. **Wir nehmen die Mitglieder der Kommission entschieden gegen die seitens der Ortsverwaltung der Metallarbeiter erhobenen Vorwürfe in Schutz.** Niemand hat bisher die Ehrlichkeit und Gerechtigkeitsliebe der Genossen Röhrig, Weiß und Schulz angezweifelt. Es blieb dies der Ortsverwaltung der hiesigen Metallarbeiter vorbehalten.

Ein Vorgang, der sich zwischen dem Bezirksleiter der Metallarbeiter, Vorhölzer, und dem Genossen Oderwald nach der Kartellsitzung am 13. Juli abgespielt hat, wird von der Metallarbeiter-Ortsverwaltung **in einer Weise dargestellt, die dem Zeugnis unbeteiligter und glaubwürdiger Augenzeugen direkt gegenübersteht.**

Da behauptet wird, das Kartell habe sich in interne Angelegenheiten der Metallarbeiter einmischen wollen, so müssen wir das als eine Unwahrheit entschieden zurückweisen. Die Kartellkommission hatte s. Zt. in dem bekannten Streit zwischen der Ortsverwaltung und verschiedenen Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes eine Vermittelung angeboten. Dies wurde vom Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes dankend abgelehnt und damit betrachtete das Kartell die Sache für sich als erledigt. Man kann sich aber trotzdem sehr wohl auf den Standpunkt stellen, daß die Sache auch das Kartell anging und daß diesem der Ausschluß einer Anzahl tüchtiger Gewerkschaftsgenossen durchaus nicht gleichgiltig sein konnte, zumal wenn man bedenkt, daß verschiedene der Ausgeschlossenen auf Vorschlag der Organisation der Metallarbeiter im Kartell zu Aemtern bestimmt wurden, in denen sie berufen waren, Interessen der Gesamtarbeiterschaft zu vertreten. Das Kartell hätte also wohl ein Recht gehabt, sich dafür zu interessieren, weshalb diese Leute, die wenige Monate vorher von den Metallarbeitern vorgeschlagen waren, nun auf einmal ausgeschlossen wurden. Das Kartell hat sich aber nicht in diese Sache eingemischt. **Die diesbezügliche Behauptung in den Flugblättern der Metallarbeiter ist nichts weiter als eine Unwahrheit.**

Als **eine Unwahrheit** müssen wir auch die Behauptung brandmarken, daß in den Versammlungen der Gewerkschaften **gegen die Metallarbeiter gehetzt** und **diese verleumdet** wurden. **Wahr** ist, daß der Austritt der Metallarbeiter in den Versammlungen verurteilt wird, **wahr** ist auch, daß das Verhalten der Ortsverwaltung der Metallarbeiter, die den Austritt propagiert hat, mißbilligt wird, **wahr** ist auch, daß man es unverständlich findet, wie **der Kartellvorsitzende** Sauer den Metallarbeitern den Austritt aus dem Kartell empfehlen oder auch nur zulassen konnte, ohne daraus die einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen. **Wahr** ist auch, daß man es unbegreiflich findet, wie die Genossen Sauer und Rückert es bisher unterlassen konnten, gegen diejenigen, von denen sie sich beleidigt fühlen mußten, vorzugehen, obwohl sie ein Vorgehen angekündigt hatten. **Nirgends aber war von einer Hetze oder von Verleumdung der Metallarbeiter die Rede,** das existiert nur in der Phantasie der Mitglieder der Metallarbeiter-Ortsverwaltung. Es liegt auch **nicht der mindeste Anlaß** vor, **gegen die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes zu hetzen,** umsoweniger als man weiß, daß **diese an dem Austritt aus dem Kartell unschuldig** sind, haben doch von den ca. 1000 Mitgliedern des Verbandes nur 60 für den Austritt gestimmt!

Wir erklären hiermit die Flugblätter der Metallarbeiter-Ortsverwaltung, soweit sie sich auf den Austritt aus dem Kartell und die dafür angegebenen Gründe beziehen, in ihrem Inhalt als mit der Wahrheit und den Tatsachen unvereinbar. Wir sprechen ferner unser Bedauern über den Austritt der Metallarbeiter sowie die Erwartung aus, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterschaft einen andern Beschluß in Bälde herbeiführen wird, der die gestörte Einigkeit wieder herstellt.

Die unterzeichneten Vertreter der im Kartell vertretenen Organisationen, die unterzeichneten Mitglieder der vom Kartell eingesetzten Untersuchungskommission und die Kartellkommission erklären hierdurch, daß sie nach Kräften bemüht sein werden, darauf hinzuwirken, daß nicht einzelne Personen fürderhin die der Arbeiterschaft so notwendige Einigkeit stören können. Die Unterzeichneten erwarten auch, daß die Generalkommission ihre Mitwirkung bei der Herstellung des Friedens nicht versagt und nicht zum wenigsten erwarten die Unterzeichneten, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes selber mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch denken und handeln und sich nicht durch einzelne in ihrer übergroßen Empfindlichkeit beeinträchtigte Verwaltungsmitglieder auf den Isolierschemel setzen lassen.

Mit Genossengruß!

Fr. Sigmund. Jos. Käufer. O. Wunsch. Ernst Hold, Josef Frey. Max Steiner. Franz Rappl. Paul Franz, Emil Rothweiler. Josef Breuer. Hermann Bellemann, Friedrich Stoll. Karl Linder. W. Scheuffele. Georg Böhringer. August Philipp. Peter Braun. J. Zimmermann. K. Baumann. W. Wiedenhöfer. Wilhelm Hof. A. Hipp. Friedrich Glockner. Friedrich Hofmann. Alois Ballweg. Fr. Weinläder.

Heinrich Röhrig, Paul Schulz, Eugen Weiß,
Untersuchungskommission.

Georg Wolf, Kartellvorsitzender. Bruno Tappert, Schriftführer. Fr. Pongratz, Kassier. J. Kieser, P. Schulz, Beisitzer. Albert Willi, Arbeitersekretär.

Badische Chronik.

-x. **Knielingen,** 26. Sept. Gestern wurde hier Polizeidiener Bechtolt seines Amtes entsetzt. Gegen denselben ist Untersuchung wegen Unterschlagung von Beiträgen zur Gemeindekrankenversicherung eingeleitet.

* **Pforzheim,** 25. Sept. Gestern Morgen brannte in Enzberg die große Papierfabrik von Adolf Weiß u. Co. zur Hälfte nieder. Der Schaden beträgt 500 000 Mark. Ein Feuerwehrmann wurde verletzt.

— In der gleichen Nacht brannten im benachbarten Oetisheim (Württemberg) 3 Wohnhäuser und 5 Scheunen nieder. Man vermutet Brandstiftung.

h. **Offenburg,** 25. Sept. Bei der heute stattgefundenen Ortskrankenkassen-Vertreterwahl fiel die Liste des Gewerkschaftskartells durch.

— Die Milchproduzenten des Bezirks Offenburg setzen den Preis des Liters Milch vom 1. Oktober ab auf 16 Pfg. fest.

— Die in der Nähe der Stadt auf dem Bahnkörper aufgefundene Leiche wurde als die des 40 Jahre alten Taglöhners Claus Ahrens agnosziert, der vor kurzer Zeit aus Amerika zurückkehrte und dann hier arbeitete. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt.

* **Villingen,** 25. Sept. Vom 2. bis 4. Oktober findet hier die 13. Generalversammlung des Vereins Schwarzwälder Gastwirte statt. Dieselbe wird sich auch mit der Eisenbahntarifreform beschäftigen.

— Am 27. September findet hier der 1. Brauertag des badischen Kleinbrauerbundes statt.

Lörrach, 25. Sept. Hier erschoß sich aus unbekannten Gründen der pensionierte Oberstleutnant Karl Flachsland.

* **Vom Bodensee,** 25. Sept. Enorme Regenmengen sind in der letzten Zeit in der Bodenseegegend niedergegangen. Rhein und Bregenzer Aach, Schussen und Argen, auch die Radolfzeller Aach weisen einen außergewöhnlichen Wasserstand auf. Im Bodensee stieg der letztere binnen kurzem um über 25 Zentimeter.

* **Schwetzingen,** 25. Sept. Gestern Abend nach 10 Uhr brach in Edingen in der Scheuer von Ph. Wenz Koch Feuer aus, das sich rasch verbreitete und genannte Scheune sowie diejenige des Altbürgermeisters Sponagel, Scheuer und Stallung des Ochsenwirts Neubert und Scheuer und Stallung von Th. Mittenberger in Asche legte. Das Wohnhaus von Koch wurde stark beschädigt. Die Brandursache ist unbekannt.

* **Mannheim,** 25. Sept. Gestern Mittag fand die feierliche Enthüllung der Gedenktafel für den Erfinder des Fahrrades, Freiherrn v. Drais, an dessen Geburtshaus, der Hochschule für Musik statt.

— Im Musensaale des Rosengartens wurde gestern die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik eröffnet. Anwesend sind Sozialpolitiker, Volkswirtschaftler, Universitätsprofessoren, Parlamentarier, Vertreter von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, Frauenvereinen, Staatsbehörden und Stadtverwaltungen, u. a. auch Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, die Professoren Schmoller-Berlin, Brentano-München, Gothein-Heidelberg, Pfarrer Naumann-Berlin. Der 1. Punkt der Tagesordnung lautete: Die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen unter besonderer Berücksichtigung ihres Wettbewerbes mit den Eisenbahnen. Prof. Dr. Schumacher-Bonn sprach sich für die Zulässigkeit von Flußabgaben aus zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausgleichung zwischen Eisenbahnen und Wasserstraßen. Der Korreferent Prof. Wirmingshaus-Köln bekämpfte, wenn auch unter vielen Vorbehalten, die Ausführungen des ersten Redners. Die folgenden Redner erwiesen sich in der Mehrzahl als entschiedene Gegner jeder Abgabe dieser Art. Um halb 6 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt.

Aus dem Reiche.

Mainz, 25. Sept. Vergangene Nacht wurde am Pulvermagazin vor dem Gonsenheimer Tor ein dem 117. Inf.-Regt. angehörender Soldat, der dort Posten stand, überfallen. Der Soldat erhielt wuchtige Hiebe auf den Kopf, die den Schädel förmlich spalteten. Der Schwerverletzte wurde erst später aufgefunden und ins Lazarett gebracht. Einen Schuß scheint der Ueberfallene auf seinen Angreifer noch abgegeben zu haben, denn es fehlt ihm eine scharfe Patrone. Nach einer späteren Meldung hat der Ueberfallene, der für kurze Zeit das Bewußtsein wiedererlangte, als Täter zwei Soldaten vom 88. Infanterieregiment bezeichnet.

Hanau, 25. Sept. Hier landete gestern Nachmittag um halb 1 Uhr ein Luftballon mit 4 Insassen aus Würzburg. Der Leiter des Ballons war infolge des ausströmenden Gases bewußtlos geworden. Den Bemühungen eines des Weges kommenden Arztes gelang es, den Bewußtlosen wieder ins Leben zurückzurufen.

Köln, 25. Sept. Schwerer Eisenbahnunfall. Heute Vormittag 8 Uhr fuhr eine vom Bahnhof Kalk kommende Lokomotive auf dem Bahnübergang, da die Barriere nicht geschlossen war, in einen von Deutz kommenden Straßenbahnzug, der mit Schulkindern und Beamten dicht besetzt war. Der Briefwagen sowie der Anhängewagen wurden vollständig demoliert. Eine Person wurde getötet, sieben sind lebensgefährlich verletzt. Das Unglück ist angeblich dadurch entstanden, daß der diensttuende Stationsbeamte die Ankunft der Lokomotive nicht gemeldet hatte.

Münster, 24. Sept. Im 20. Jahrhundert. Vor dem Schöffengericht in Oelde stand heute der Metzger Knipping aus Diestede der Wilderei angeklagt. K., der einen kranken Sohn hatte, erhielt eines schönen Tages von einem Bekannten folgenden Brief:

„Ein Kamerad von mir, mit dem ich in der Sennlag, und der auch so krank gewesen ist, wie Euer Sohn, gab mir einen Rat, den er selbst erprobt hat und der allgemein garantiert sei. Ihr müßt sehen, daß Ihr einen alten Hasen kriegt, der Junge bei sich hat. Die Jungen müssen herausgenommen und, so wie sie sind, mit Haut und Haaren mit Speck und Dreck und Fett von Eurem Sohn gegessen werden. Aber seht zu, daß Franz ja nichts davon erfährt."

K. schoß einen Hasen und wurde abgefaßt. Das Gericht schenkte den Beteuerungen des Angeklagten Glauben, daß er an die Wunderkur geglaubt und zum andern eine Häfin habe schießen wollen. Das Urteil lautete auf nur 15 Mk. Geldstrafe.

Dresden, 24. Sept. Von der Gräfin Montignoso. Die Dresdner Rundschau behauptet, Justizminister Dr. Otto habe bestimmt erklärt, daß das Wiedersehen zwischen der Gräfin Montignoso und ihren Kindern, das vertragsmäßig garantiert ist, weder einige Wochen, noch einige Tage, sondern drei Minuten dauern solle. Das sei ungeheuerlich und peinlich für Mutter und Kinder. Es gäbe da nur einen Ausweg: man solle von diesem Wiedersehen ein für allemal absehen und do

---

Martyrium auf sich genommen? Weil er bei einem nächtlichen Besuche in der Wohnung seiner Geliebten, einer verheirateten Frau, von dem heimkehrenden Ehemanne entdeckt wurde und kein anderes Auskunftsmittel fand, um die Ehre der von ihm Angebeteten zu retten! Die tragische Geschichte des jungen Mannes wurde dem Anwalt von der Frau selbst erzählt, nachdem sie inzwischen Witwe geworden und dadurch freie Hand bekommen hatte, dem Unglücklichen beizuspringen, ohne sich selbst zu kompromittieren. Es soll nun ein Gnadengesuch an den Gouverneur gerichtet werden, um den Unschuldigen schnellstens aus dem Zuchthause zu erlösen.

Uebrigens ist der „edlen" Frau, die es ruhig mit ansah, daß ihr Geliebter sich im Zuchthause für sie opferte, die ganze Geschichte auch nicht gerade gut bekommen. Gewissensbisse und eine mitwissende Magd, die ihre Kenntnis der ganzen Geschichte zu fabelhaften Erpressungen an ihr benutzte, haben ihr den Schlaf geraubt. Der Anwalt versichert aber, die etwa 25jährige Frau sehe trotzdem sehr gut aus, und sie mag jetzt ihren Ritter um so leichter mit höchstem Liebesglück lohnen, als sie in der Wahl ihres ersten Gatten sehr vorsichtig war und durch dessen Tod Besitzerin eines großen Vermögens geworden ist.

Der „Frauenschutz" vor Gericht. Eine Frau W. in Nürnberg hat eine Broschüre geschrieben: „Von der Frau, für die Frau", in der den Frauen Ratschläge erteilt werden, wie sie sich gegen allzu großen Kindersegen schützen können, und die gebräuchlichen Mittel zur Verhütung der Empfängnis angeführt werden. Das Schriftchen wurde in verschiedenen Zeitungen inseriert. Durch dieses Inserat fühlte ein Polizeiwachtmeister sein Schamgefühl verletzt und erstattete Anzeige, worauf ein objektives Verfahren eingeleitet wurde, um die Broschüre dem Einzug zu unterstellen. In der Verhandlung sagte der schamhafte Polizist aus, er habe von „höherer Stelle" Weisung empfangen, Anzeige zu machen, wer aber diese „höhere Stelle" war, verschwieg er leider. Das Gericht entschied für Anwendung des staatsanwaltlichen Antrages auf Einziehung der Broschüre, da sie nichts Unzüchtiges enthält.

Litteratur.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist das 52. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

Der Untergang des Agrarkommunismus in Frankreich und Deutschland. Von Ludwig Quessel. — Die Bremer Lehrerschaft und der Religionsunterricht. Von Heinrich Schulz. — Kaufmannsgerichte und Verhältniswahl. Von Paul Lange. Pflichten und Rechte in der Arbeiterversicherung. Von Gustav Hoch (Hanau a. M.) — Wohlfahrtseinrichtungen. Von Paul Hirsch. — Litterarische Rundschau: Josef Popper (Lynkeus), Fundament eines neuen Staatsrechtes. Von Dr. Siegfried. Dr. Heinrich Pudor, Fideikommißschutz in Deutschland versus Landarbeiterheimschutz in Dänemark. Von S. — Notizen: Die Ermittlung Lungenkranker. Von E. G.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Humoristisches.

Leicht zu helfen. „Glauben Sie, Herr Doktor, daß ich nach der Sachlage den Prozeß gewinnen kann?" — — „Nach der Sachlage nicht — aber wir können ja die Sache auch anders legen!"

Immer Knauser. Mann: „Das falsche Markstück, das ich gestern vereinnahmt habe, kann ich nur gleich zum Fenster hinauswerfen!" — Frau: „Wir gehen ja morgen zu der Soiree von Goldbergers! Gib's dem Diener als Trinkgeld!" — Mann: „Gleich die ganze Mark?!"

für der Gräfin das Aequivalent bieten, ihre jüngste Tochter Pia Monika für immer zu behalten, die man ihr nur nehmen wolle, um sie in ein Kloster zu stecken. Bei den Beziehungen, die die Rundschau zu der Gräfin oder doch zu dieser nahestehenden Personen unterhält, liegt die Vermutung nahe, daß der Vorschlag von der Gräfin selber ausgeht.

g. **Halle**, 25. Sept. Die Stiefel des Herrn v. Dossow. Die Halle'schen Polizeistrafsachen wurden vor dem Schöffengericht wieder um einen recht hübschen Beitrag bereichert. Es klagte der Staatsanwalt im Interesse des Polizei-Inspektors, Gardeoffiziers Ulrich v. Dossow, gegen den Polizeikommissar, Leutnant Richard Kriebel wegen öffentlicher Beleidigung. Kriebel hatte dem v. Dossow in einer am 6. Juni vor dem Schöffengericht stattgehabten Verhandlung vorgeworfen, er habe ein Paar Stiefel unterschlagen; das war, so sagt v. Dossow, Lüge, man müsse sich wundern, daß ein Mann noch Gardeoffizier und noch im Dienste sei. Mit den unterschlagenen Stiefeln verhält es sich nach der Behauptung Kriebels und seines Verteidigers folgendermaßen:

Gelegentlich des Kaisereinzugs in Halle mußte Herr v. Dossow als Berreiter fungieren. Da es ihm an einem Paar respektabeln Stiefeln mangelte, wurden ihm auf Kosten der Stadt ein Paar schneidige Lackreitstiefel im Preise von etwa 50 Mark von dem Schuhmachermeister Pirl angefertigt. Die Stiefel gefielen Dossow so gut, daß er sich entschloß, diese der Stadt nach der Feierlichkeit **für 10 Mark** abzukaufen. Die vorgesetzte Behörde war damit selbstverständlich nicht einverstanden dem sehr wohlhabenden Manne, der hier mehrere Häuser besitzt, die noch fast neuen Stiefel für den geringen Preis von 10 Mark zu überlassen und ordnete den Rückkauf der Stiefel durch den Schuhmachermeister Pirl an. Ein Schutzmann mußte die Stiefel von des Inspektors Wohnung in Piols Geschäft bringen. Der Schuhmacher geriet aber in eine förmliche Entrüstung, als man ihm sagte, dies seien die Stiefel, die er zum Kaisereinzug geliefert habe. Er hatte ein Paar unansehnliche rindslederne Stiefel vor sich, währenddem er ein Paar kalbslederne Lackstiefel geliefert hatte. Er erinnerte sich sofort, daß Herr v. Dossow bei dem erstmaligen Anziehen die Naht des einen Stiefel aufgerissen hatte, die dann durch einen aufgenähten Riester verdeckt worden war. Man suchte und fand auch einen Riester an jener Stelle; aber man erstaunte nicht wenig, als man entdeckte, daß jener Riester nicht wie jeder andere aufgenäht, sondern aufgekleistert war; und unter dem Riester war von einer schadhaften Stelle nichts zu entdecken. Wie die Sache geendet ist, weiß man nicht. Der Angeklagte Kriebel benennt zu diesem Punkt die Zeugen: Schuhmachermeister Pirl, Wachtmeister Meinhardt, Sergeant Mohlau und v. Dossows Dienstmädchen und bittet dringend um Beweiserhebung.

Das Gericht lehnte den Beweisantrag ab, um erst festzustellen, ob Kriebel überhaupt die Absicht der Beleidigung gehabt habe. Herr v. Dossow sagte, die Stiefelgeschichte habe dem Regierungspräsidenten, dem Oberpräsidenten und sogar auch dem Minister zur Beurteilung vorgelegen und sämtliche Behörden hätten die Ueberzeugung, daß er sich nicht strafbar gemacht habe. Kriebel sagt, dies sei eben nur möglich gewesen, weil man die Beweiserhebung stets abgelehnt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kriebel **300 Mk.** Geldstrafe. Das Gericht sprach aber Kriebel kostenlos **frei**, da eine Absicht der Beleidigung nicht vorliege.

— Typhus. In Schafstädt ist durch verseuchte Brunnen eine Typhus-Epedemie ausgebrochen. Bis jetzt sind 80 Personen erkrankt.

Trier, 26. Sept. Typhus. In 4 Dörfern des Hochwaldes bei Morbach ist durch schlechte Wasserverhältnisse Typhus ausgebrochen.

Harburg, 25. Sept. Die Blankeneser Unzuchtsaffäre wurde am Freitag vor dem Reichsgericht wieder aufgerollt. Das Schwurgericht hatte vier Unholde aus der „besseren" Gesellschaft, die ein unbescholtenes Mädchen in der frivolsten Weise vergewaltigt hatten, freigesprochen, was dem Redakteur des Harburger Volksblattes, dem Genossen Riedlinger, zu einer scharfen Kritik des Urteilsspruches Veranlassung gab. Durch diese Kritik fühlten sich aber die Herren Geschworenen beleidigt und sie stellten gegen Riedlinger Strafantrag. Vor dem Landgericht Stade hatte sich deshalb Riedlinger am 20. Mai zu verantworten. Sein Antrag auf Vernehmung des vergewaltigten Mädchens als Zeugin wurde zwar ohne weiteres abgelehnt, immerhin durfte man eine Verurteilung des angeklagten Redakteurs für ausgeschlossen halten, besonders da der Vorsitzende jener Schwurgerichtsverhandlung als Zeuge erklärte, das Richterkollegium selbst sei der Meinung gewesen, daß die vier Angeklagten von den Geschworenen schuldig gesprochen werden würden. Er bezeichnete den Wahrspruch der Geschworenen als einen Fehlspruch.

Trotz dieser für den Angeklagten so günstigen Aussage dieses Zeugen wurde Genosse Riedlinger doch zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Revision beim Reichsgericht ein und dieses hob nun das Urteil auf und verwies die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Landgericht Lüneburg zurück.

Das hatte auch gerade noch gefehlt, daß der sozialdemokratische Redakteur brummen muß und die vier brutalen Bürschchen wären frei ausgegangen.

Stettin, 25. Sept. Heute gegen Abend brach im Freihafenbezirk dicht am Freihafen großes Feuer aus, welches die dort lagernden umfangreichen Holzlager ergriffen hat; die gesamte Feuerwehr bemüht sich, dem Brande Einhalt zu tun.

Wilhelmshafen, 23. Sept. Ueber einen Ueberfall auf Marine-Offiziere wird der Täglichen Rundschau, einem sehr flottenfreundlichen Blatt, von hier gemeldet. Danach haben zwei Marine-Reservisten einem Korvettenkapitän mehrere Stiche versetzt; auch ein anderer Offizier mußte im Lazarett verbunden werden. Die Reservisten sind verhaftet.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 26. Sept.

In der öffentlichen Wählerversammlung, welche gestern Abend bei Möhrlein stattfand, war der große Saal gut besetzt, doch hätte der Besuch ein stärkerer sein dürfen. Genosse Dr. Frank sprach in einstündiger Rede über die Aufgaben des kommenden Landtags, wobei er insbesondere auf die Schulfrage eingehend zu sprechen kam. Die Ausführungen unseres Kandidaten fanden lebhaften Beifall. Genosse Kolb referierte sodann über die Eisenbahnfrage auf dem kommenden Landtag in sachkundiger Weise. Auch dieser Vortrag fand den Beifall der Versammlung, die nach 11 Uhr geschlossen wurde.

Die Kandidatenliste zur Landtagswahl in hiesiger Stadt dürfte nun vollständig sein. In jedem der vier Bezirke ist jeweils ein Kandidat der drei großen Parteigruppen (Sozialdemokraten, liberaler Block und Zentrum) aufgestellt. Die Kandidatenliste ist folgende:

Alt- und Oststadt:
Rechtsanwalt **Dr. Frank** (Sozialdemokr.),
Oberrechnungsrat Gauggel (lib. Block),
Instrumentenmacher Sattler (Zentrum).

Mittelstadt:
Gewerkschaftssekr. **Herm. Eichhorn** (Sozialdem.),
Rechtsanwalt Dr. Binz (lib. Block),
Rechtsanwalt Trunk (Zentrum).

Weststadt und Mühlburg:
Schreinermeister **Schaier** (Sozialdemokr.),
Rechtsanwalt Frühauf (lib. Block),
Kirchensteuerinspektor Kirchgeßner (Zentr.)

Südstadt:
Redakteur **Kolb** (Sozialdemokr.),
Lokomotivführer Hermann (lib. Block),
Revisor Trenkle (Zentrum).

Staatsanwalt und Streikfunder.

Die Aeußerungen eines Amts- (nicht Staats-) Anwalts in der Mittwochs-Sitzung des hiesigen Schöffengerichts — den Arbeiterorganisationen ist kein Mittel zu schlecht, um ihre Ziele durchzuführen — haben in Gewerkschaftskreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Mehrere Gewerkschaftler, die zufällig der Verhandlung beiwohnten, erklären nun allerdings, wörlich habe sich der betreffende Amtsanwalt nicht derart geäußert. Dagegen sei die Anklage in einer Form vertreten worden, die die stärkste Gegnerschaft in bezug auf die Arbeiterorganisationen vermuten läßt. U. a. habe der Herr Amtsanwalt erklärt, daß man in dem Falle Fiedler ein geradezu klassisches Beispiel vor sich habe, wie organisierte Arbeiter vorgehen. Diese Leute wollten eben nicht arbeiten.

So und ähnlich soll sich der Vertreter der Anklage ausgelassen haben. Wir meinen, auch diese Form beweist genug für den Geist, der in gewissen Kreisen herrscht, denen die Arbeiterorganisationen schon längst ein Dorn im Auge sind und die nur keine rechte Gelegenheit finden, um dieser geheimen „Sympathie" auch die Taten folgen zu lassen. Man braucht sich denn auch gar nicht zu wundern, wenn der Herr Amtsanwalt für die Freveltat Fiedlers eine mehrwöchige Gefängnisstrafe beantragte. Es wäre unlogisch und unverständlich, eine solch hohe Strafe zu beantragen, wenn nicht die entsprechende Entrüstung über „das geradezu klassische Beispiel" vorhergegangen wäre.

Zu unserem Erstaunen wird uns noch mitgeteilt, daß auch die Urteils-Begründung des Gerichts sich in ähnlichen Gedankengängen bewegt haben soll. Da konnte man hören: Der Angeklagte gehört zu jenen Individuen, die wohl für sich die größtmöglichste Freiheit beanspruchen, sie aber anderen nicht zubilligen wollen.

Es scheint uns dringend notwendig, daß über den Verlauf der angezogenen Gerichtsverhandlung volle Klarheit geschaffen wird; sie scheint „Stimmungen" begegnet zu sein, die der badischen Rechtspflege noch recht gefährlich werden können. Und weil wir das verhüten wollen, werden wir unaufhörlich die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese und ähnliche Blüten einer unparteiisch sein sollenden Rechtspflege lenken. Der Landesbote ist völlig im Recht, wenn er, nachdem er in einer längeren Notiz den Fall behandelt, zu dem Schlusse kommt: „Es ist durchaus unschicklich, derartige einseitige Aeußerungen im Gerichtssaal zu machen; sie müssen den Glauben an die Objektivität des Beamten im Keime ersticken und vernichten das Zutrauen in die Rechtspflege in bedauerlicher Weise." Steuert man auf dieses Ziel los, gut, wir ziehen unsere Schlüsse daraus. Und daß diese dem „Rechts"staate nicht günstig sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Ist das wahr?

Aus gut verbürgter Quelle erfahren wir, daß bei der Entlassung der Reservisten des hiesigen Artillerieregiments auf den Gasarbeiterstreik in Pforzheim hingewiesen wurde. Man soll den Reservisten klar gemacht haben, daß daselbst Arbeit zu finden sei.

Wir wollen heute unterlassen, die Schlußfolgerungen aus einer solchen Propaganda für den kommunalen Kapitalismus zu ziehen. Wir erwarten, daß seitens der in Betracht kommenden Behörden recht bald öffentliche Aufklärung über die vorstehende Mitteilung gegeben wird. Geschieht das nicht, dann sehen wir darin eine Bestätigung und die militärischen Instanzen können sich darauf verlassen, daß wir auf schleunige Abhilfe dringen. Das fehlte gerade noch, daß der mit dem Gelde **aller** Steuerzahler erhaltene Militarismus auch noch bei Lohnkämpfen sich als kapitalistische Schutztruppe geriert.

Soll es so bleiben?

Triumphierend schreibt Pastor Kötschke im Berliner Tag, eines Blattes des Zeitungsmonopolisten Scherl:

Die sozialdemokratische Presse zählt insgesamt 679 000 Abonnenten. Gegen die ungezählten Millionen von Abonnenten bürgerlicher Blätter ist das geradezu eine verschwindende Kleinigkeit. So sehr auch die Sozialdemokratie auf die Macht ihrer Presse pocht, so sehr muß eine unbefangene Beurteilung darauf hinweisen, daß die sozialdemokratische Beeinflussung der öffentlichen Meinung noch außerordentlich schwach ist. Nicht viel mehr als der 5. Teil der sozialdemokratischen Wähler steht auch unter dem ständigen Einfluß der Parteipresse. Selbst wenn man in Erwägung zieht, daß auf ein sozialdemokratisches Blatt häufig zwei und zuweilen noch mehr Leser oder Familien kommen, ist die Leserzahl noch immer recht gering. Tut die bürgerliche Presse hinsichtlich einer tüchtigen und gewissenhaften politischen Aufklärung der Leser ihre Pflicht, so wird noch auf unabsehbare Zeit ihre Macht ganz unvergleichlich größer sein, als die ihrer roten Konkurrentin.

Soll es so bleiben, fragen wir? Soll die bürgerliche Presse auch künftig die öffentliche Meinung fälschen dürfen? Soll der Arbeiter tagtäglich über seine erbärmliche Lage durch diese Presse hinweggetäuscht werden? Nein, und tausendmal Nein!

Der 1. Oktober bietet Gelegenheit, gründlich Wandel zu schaffen. Ihr, die Ihr bereits Abonnenten seid, gebt diese Zeilen weiter, den Lauen und Gleichgiltigen, den Träumern und Schläfern, damit sie werden Abonnenten des

Volksfreund.

Krankenkassen-Konferenz.

Am Samstag und Sonntag fand in Schwetzingen die 12. Hauptversammlung der freien Vereinigung badischer Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen statt, welche von über 150 Delegierten besucht war. Der formelle Teil der Tagesordnung wurde in einer Vorversammlung erledigt. Der Vorsitzende der Vereinigung, Rechtsanwalt Dr. Friedberg-Karlsruhe, ging auf die mannigfachen Fortschritte unserer Gesetzgebung ein. Redner zollte den beteiligten behördlichen Faktoren für die sozialpolitische Fürsorge lebhafte Anerkennung. Herr Sigmund-Karlsruhe, Geschäftsführer der Vereinigung, erstattete den Geschäftsbericht. Darnach hat der Verband eine Zunahme von 34 000 Mitgliedern, und zwar von 160 000 auf 194 000, aufzuweisen. Die Einnahme stieg von 620 Mk. auf 1579,20 Mk. Wie im vorigen Jahre, soll auch diesmal 1 Pf. pro Kopf der Mitglieder erhoben werden. Als Vorort wurde wieder Karlsruhe gewählt. In den Verbandsausschuß wurde an Stelle der ausscheidenden Fabrikkrankenkasse Landfried-Heidelberg die Betriebskrankenkasse Grün und Bilfinger-Mannheim gewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Konstanz statt.

Die Hauptversammlung begann früh 10 Uhr im dicht gefüllten Rittersaal. Der Vorsitzende Meyer-Pforzheim eröffnete die Verhandlungen. Herr Bürgermeister Wipfinger entbot namens der Stadt Schwetzingen den Delegierten kurzen Willkommensgruß. Als erster Redner sprach Dr. Maier-Mannheim über Gewerbekrankheiten, die schädlichen Einwirkungen der verschiedenen Industriezweige auf die Gesundheit der Arbeiter erläuternd. Ueber Lungentuberkulose im Amtsbezirk Schwetzingen referierte Medizinalrat Dr. Zix und wies an der Hand von statistischem Material einen bedeutsamen Rückgang nach. Stadtv. Pfeiffle-Mannheim sprach über die Aerzteordnung und die Verhältnisse der Aerzte zu den Krankenkassen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen dahingehend, daß der Verband unbedingt an der Selbstverwaltung der Krankenkassen festhalten müsse, und daß in den §§ 20 und 21 der neuen badischen Aerzteordnung ein unzulässiger und ungerechtfertigter Eingriff in dieses Recht zu erblicken sei. Apotheker Stein-Durlach sprach über die deutsche Arzneitaxe, worauf ein Antrag Kräuter-Freiburg, Beitritt der badischen Vereinigung zum Deutschen Ortskrankenkassenverband, einstimmig angenommen wurde. Herr Olbrich-Pforzheim referierte über das Heilverfahren im großh. Landesbad, Regelung der Kostenfrage und der Zwischenmahlzeiten in demselben. Die Angelegenheit wurde nach kurzer Debatte einem Ausschuß überwiesen.

Nach Zurückziehung einiger weiterer Referate wurde die Versammlung nach 2 Uhr geschlossen.

* **Teuer bezahlen** mußte der Ratschreiber Schumacher in Kehl die Geschäftsverbindungen, die er seiner Zeit mit dem früher hier wohnenden Kaufmann und Agenten Andreas Jakob Wiedemann aus Landau einging. Wiedemann, der früher als Agent verschiedener Versicherungsgesellschaften im Lande herumreiste und später der Begründer des nachher wieder eingegangenen Assekuranz- und Darlehenssyndikats G. m. b. H. in Karlsruhe wurde, hatte auf einer Geschäftstour im Dezember 1903 den Schumacher kennen lernen. Er fand bald heraus, daß dieser größere Kapitalien zur Verfügung hatte, mit denen er sein Einkommen zu erhöhen suchte. Darauf baute Wiedemann einen Plan, der ihm Nutzen bringen sollte. Er wußte Schumacher zu überreden, als Gesellschafter dem neu ins Leben gerufenen Syndikat beizutreten und ihn durch das Vorgeben, daß dieses Unternehmen einen glänzenden Geschäftsgang habe und vorzügliche Gewinnaussichten biete, zu bestimmen, in der Zeit von Anfang April bis Anfang Juli 1904 durch Akzeptierung bezw. Girierung von Wechseln im gesamten Betrage von etwa 25 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld verwendete Wiedemann aber nicht für die von ihm bezeichneten geschäftlichen Zwecke, sondern verbrauchte es zum größten Teile zur Tilgung von Privatschulden und zur Deckung privater Ausgaben. Er hatte sich deshalb heute wegen Betrugs zu verantworten.

Das Landgericht Karlsruhe verurteilte den Angeklagten unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

* **Mehrere Geschäftsleute in Karlsruhe,** Baden und Heidelberg wurden im Juli die Opfer eines geriebenen Schwindlers, des Zeichners Theodor Bragard aus Kalmhofen. Der Angeklagte trat in Baden als Leutnant Bragard aus München oder als Architekt Bragard aus Düsseldorf, in Heidelberg und Karlsruhe als Leutnant v. Schmidt vom Füsilier-Regiment Nr. 40 in Aachen auf und erschwindelte sich in Baden in einem Geschäft Goldwaren und Edelsteine im Werte von 216 Mk., von einem Oberkellner ein Darlehen von 30 Mk. und in einem Hotel Kost und Wohnung im Betrage von 26,70 Mark, in Heidelberg Kost und Wohnung im Betrage von 1 3,10 Mk. und in Karlsruhe Kleider, Wäsche und Schuhwaren im Werte von 271 Mk. Die Karlsruher Geschäftsleute wußte Bragard dadurch zur Abgabe der Waren zu bestimmen, daß er ihnen mit „von Schmidt" unterzeichnete Anweisungen an die Kleiderkasse des 3. Bataillons des Füsilier-Regiments Nr. 40 gab, durch welche diese beauftragt wurde, die Rechnungen des Herrn Leutnants zu begleichen. Die Bezahlung blieb natürlich aus und die Geschäftsleute hatten das Nachsehen.

Das hiesige Landgericht erkannte gegen den Angeklagten wegen Betrugs und Urkundenfälschung unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf 1 Jahr 11 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

* **Winterfahrplan der Straßenbahn.** Der vom städt. Straßenbahnamt vorgelegte Entwurf des Winterfahrplans für die Zeit vom 1. November d. J. bis 30. April k. J. wurde vom Stadtrat vorbehaltlich der Genehmigung des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten gutgeheißen. Derselbe sieht u. a. die Durchführung des durchlaufenden Fünfminutenbetriebes auf der Strecke Durlach-Hardtstraße vor.

* **Städtische Arbeiten.** Vergeben werden: die Lieferung des zur Bekleidung der Stadt- und Schuldiener erforderlichen Tuches an die Firma Adolf Hirsch hier, die Lieferung von Mützen für dieselben an die Firma L. Ritgen hier, die Lieferung von 500 Stück gußeisernen Bremsklötzen für die Straßenbahn an die Eisengießerei F. Seneca Karlsruhe-Mühlburg, die Lieferung von Schottermaterialien für verschiedene Straßen-Neubauten an das Porphyrwerk „Edelstein" in Schriesheim.

* **Schwurgericht.** Die Sitzungen des Schwurgerichts für das 4. Quartal 1905 beginnen Dienstag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr. Zum Vorsitzenden wurde Landgerichtsrat Dr. Maas, zu dessen Stellvertreter Landgerichtsrat Ed. Schmidt ernannt.

* **Radlerunfall.** Vorgestern Abend 6¾ Uhr stürzte ein lediger Mechaniker infolge Bruchs seines Fahrrads, Ecke Marien- und Werderstraße zu Boden und zog sich außer mehreren Hautabschürfungen im Gesicht, eine kleine Quetschwunde an der rechten Stirnseite zu. Der Vorfall verursachte einen größeren Auflauf.

* **Ein hiesiger Fuhrknecht** fiel gestern Vormittag dreiviertel 12 Uhr infolge starker Trunkenheit Ecke Ritter- und Kaiserstraße von seinem Fuhrwerk zu Boden, ohne sich hierbei zu verletzen; er mußte bis zu seiner Nüchternheit in den Polizeiarrest verbracht werden. Der Vorgang verursachte einen größeren Auflauf.

* **Epileptische Anfälle.** Gestern Abend 6 Uhr stürzte ein unbekannter junger Mann in der Kaiserstraße, bei der Ritterstraße, allem Anschein nach infolge Epilepsie, bewußtlos zusammen und mußte mittelst Droschke ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

Gestern Vormittag gegen 12 Uhr erlitt ein lediger Bureaudiener vor'm Portal des hiesigen Hauptbahnhofs einen epileptischen Anfall; Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne, die gerade mit einem Krankenwagen vorbeifuhren, nahmen den Erkrankten auf und verbrachten ihn ins städtische Krankenhaus.

* **Zusammenstoß.** Gestern Vormittag 11 Uhr fuhren bei der Rampe des Güterbahnhofs am Rüppurrer Bahnübergang mehrere Güterwagen auf einen auf totem Gleise stehenden Güterwagen mit solcher Heftigkeit, daß eine Schiene des Prellbocks abbrach, letzterer mit zirka 5—6 Schwellen sich aus dem Boden hob und an den beiden karambolierenden Wagen sich mehrere Puffer krümmten. Verunglückt ist hierbei niemand.

Spielplan des großherzoglichen Hof-Theaters. Dienstag, 26. Sept. A. 6. **Tristan und Isolde** in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Donnerstag, 28. Sept. C. 6. **Fidelio.** Oper in 2 Akten von Treitschke, Musik von Beethoven. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Letzte Post.

Pforzheim, 26. Sept. In der hier stattgefundenen sehr zahlreich besuchten Versammlung der nationalliberalen Vertrauensmänner vom Landbezirk Pforzheim wurde Herr Bürgermeister Haug von Dill-Weißenstein einstimmig als nationalliberaler Kandidat proklamiert. Herr Haug hat sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt.

w. **München**, 26. Sept. In Frauenneuharting fand in der letzten Nacht ein regelrechtes Haberfeldtreiben statt, woran 60 vermummte Personen teilnahmen. Das Treiben galt dem dortigen Ortsgeistlichen.

w **Wien**, 26. Sept. In fünf überaus zahlreich besuchten Volksversammlungen in den verschiedenen Bezirken Wiens demonstrierten die Sozialdemokraten gegen das Vorgehen des Ministerpräsidenten Gautsch in der Angelegenheit der österreichischen Wahlreform. Sämtliche Redner ergingen sich in den schärfsten Angriffen auf den Ministerpräsidenten. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer mit Demonstrations-Rufen durch die Straßen und gingen dann ruhig auseinander. Nur im 17. Bezirk nahmen die Kundgebungen größeren Umfang an, sodaß die Polizei einschritt und mehrere Verhaftungen vornahm.

w. **Budapest**, 26. Sept. Ministerpräsident Jejerwary ist nicht nach Wien abgereist. Der leitende Ausschuß der Koalition beschloß, behufs Vereinbarung über eine gemeinschaftliche Antwort auf die durch den König aufgestellten Bedingungen für die Kabinettsbildung zum 3. Oktober eine gemeinsame Konferenz aller koalierten Parteien einzuberufen und zu ihr auch die außerhalb der Partei stehenden Abgeordneten, die an der Verteidigung der Verfassung teilnehmen wollen, einzuladen. Gestern Abend veranstaltete eine aus mehren Tausenden bestehende Menge vor dem Klub der Unabhängigen Ovationen. Kossuth und Appony hielten Reden und mahnten zur Besonnenheit. Der Kampf müsse innerhalb des Rahmens der Gesetze ausgefochten werden. Etwa 500 Sozialisten versuchten die Reden zu stören, worauf ein Handgemenge entstand. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Paris, 25. Sept. Der Deputierte Godefroy Cavaiagac, ehemaliger Kriegsminister, ist heute Nachmittag plötzlich gestorben. (Frkf. Ztg.)

Stockholm, 24. Sept. In dem heute unter dem Vorsitz des Kronprinzen abgehaltenen Staatsrat wurde beschlossen, den Reichstag zu einer außerordentlichen Session anläßlich der Auflösung der Union auf den 2. Oktober einzuberufen.

Moskau, 26. Sept. Ein gestern hier zusammengetretener Kongreß beriet über den Entwurf eines Wahlprogramms. Der Kongreß wird einen Aufruf an das Volk über das Wahlprogramm und über die Aufgaben der Duma richten und die Wähler auffordern, sich diesem Programm anzuschließen. Es wird die Einsetzung von Lokalkomitees geplant, die zu dem Zentralkomitee in Moskau in Beziehungen stehen. Das letztgenannte Komitee wird, nachdem ihm von den Lokalkomitees die Namen der geeigneten Kandidaten mitgeteilt worden, die Liste mit einem neuen Aufruf an die Wähler veröffentlichen. Vor den Wahlen in den Gouvernements wird eine Konferenz der Vertreter der vereinigten Wahlgruppen stattfinden. Der Bericht über die Autonomie Polens wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Erörtert sollen werden. Die politischen Programme, die Bürger- und Menschenrechte, die lokale Selbstverwaltung, die Rechte der Nationalitäten, die Organisation der Rechtspflege, die ländlichen Fragen, die öffentliche Erziehung und das wirtschaftliche Programm.

Osterbay, 25. Sept. Präsident Roosevelt bereitet die diesjährige Botschaft an den Kongreß vor. Er wird unter anderen Punkten die nachstehenden einer Besprechung unterziehen: Regelung und Beaufsichtigung des Lebensversicherungswesens vom Bunde aus, Regelung der Eisenbahntarife durch die Bundesregierung, die der bisherigen Aufsicht hinzuzufügen ist, die Beziehungen mit Venezuela, das Finanzwesen von San Domingo; der Fortgang im Bau des Panamakanals; der Abschluß des Friedens zwischen Rußland und Japan.

Kapstadt, 26. Sept. General Trotha teilte dem deutschen Konsulate in Kapstadt mit, daß das dort verbreitete Gerücht von einem Unglück der Schutztruppe falsch sei. Es sei dadurch entstanden, daß einige Viehdiebstähle, bei denen man aber des geraubten Viehs meistens wieder habhaft wurde, in der Nähe von Ketmanshoop vorkamen.

Briefkasten der Redaktion.

B., Berghausen. Wer Armenunterstützung aus öffentlichen, d. h. also aus Gemeindemitteln bezieht, geht dadurch seines Wahlrechtes verlustig. Das ist eine gesetzliche Bestimmung.

G., Säckingen. Eignet sich nicht zur Veröffentlichung. Wenden Sie sich doch an den Genossen Engler.

Briefkasten des Arbeitersekretariats.

G. M. Die Frage, ob Heimarbeiter an die Bestimmungen des § 122 der G.-O. hinsichtlich der Kündigung gebunden sind, ist umstritten. Nach einem Urteil des Gewerbegerichts Berlin vom 18. September 1895 kommt es darauf an, ob der Heimarbeiter nur für einen Gewerbetreibenden arbeitet und seine ganze Tätigkeit in dem fraglichen Gewerbebetrieb konsumiert. Wie nun die Verhältnisse in Ihrem Fall liegen, läßt sich aus dem Inhalt Ihrer Anfrage nicht beurteilen, weshalb wir den Besuch der Sprechstunde empfehlen.

G. L. hier. Ihre Anfrage läßt sich so nicht beantworten. Kommen Sie in die Sprechstunde.

(Bureau: Kurvenstraße 19, II. Sprechstunden täglich mit Ausnahme des Sonntags von mittags 12—½2 Uhr, am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag auch abends von 5—8 Uhr.)

Quittung.

Für den Karlsruher Wahlfond sind folgende Beiträge eingegangen:

Sammelliste Nr. 39: 9,80 Mk. Sammelliste Nr. 60: 9,25 Mk.

Früher eingegangen: 485,82 Mk., Summa 504,87 Mk.

Die Genossen werden gebeten, die Sammlung für den Wahlfond eifrig zu betreiben.

Der Kassier des soziald. Vereins Karlsruhe:
M. Jäckle, Scheffelstr. 40 II.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Badische Politik, Deutsches Reich, Ausland und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für die Rubriken: Aus der Partei, Soziale Rundschau, Gerichtszeitung, Badische Chronik, Aus der Residenz, Versammlungsberichte, Aus dem Reiche, Vermischtes und Feuilleton: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser innigstgeliebtes Kind

Ludwig Blotny

im Alter von 13 Jahren 4 Monaten, nach langem, schweren Leiden, heute Morgen 5 Uhr sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Eltern:
Familie **V. Blotny.**

Offenburg den 25. September 1905. 3585

Die Beerdigung findet Mittwoch den 27. September, nachmittags 3 Uhr statt.

Sozialdemokrat. Verein Pforzheim.

Mittwoch den 27. September 1905, abends halb 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: „Berichterstattung vom Parteitag".

Parteigenossen! Erscheint zahlreich. 3505.3

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Wir erlauben uns, unsere Gasabnehmer darauf aufmerksam zu machen, daß es bei der ganz außergewöhnlich großen Zahl von Aufträgen, die jeweils auf 1. Oktober (Umzugstermin) bei uns einlaufen, im Interesse einer rechtzeitigen Erledigung derselben dringend geboten erscheint, daß **Anträge auf Aenderungen der Gasleitungen, Aufstellung, Entfernung oder Uebernahme von Gasmessern und Gasautomaten möglichst frühzeitig,** spätestens aber 3 Tage vor dem Wohnungswechsel, **bei uns eingereicht werden.**

Auch sollten die Mieter von Wohnungen sich sobald als möglich davon überzeugen, ob in den zu beziehenden Räumen Gaseinrichtung vorhanden und Gasmesser für dieselben bereits aufgestellt sind; dieserhalb erforderliche Anträge wollen möglichst sofort bei uns gestellt und nicht, wie dies sehr häufig geschieht, bis zum Umzug damit zugewartet werden.

Bei dieser Veranlassung weisen wir auf den Bezug von Leucht- und Kochgas mittelst Gasautomaten hin, welche für Wohnungen bis zu 600 Mk. Mietwert und für Wohnungen mit Läden mit einem Gesamtmietwert bis zu 900 Mk. gesetzt werden.

Um den Gebrauch des Gases neben der Verwendung für Koch- und Heizzwecke auch für die Beleuchtung noch weitere Verbreitung zu verschaffen, ist gestattet, daß durch **einen Gasmesser sowohl Koch- und Heizapparate, als auch Leuchtflammen** gespeist werden, sofern **die Zahl der Leuchtflammen nicht mehr als 3** beträgt. Es kommt in diesem Fall für den Gesamtgasverbrauch der **Preis für Koch- u. Heizgas mit 12 Pfg. für den cbm** und für jede angebrachte Leuchtflamme **ein monatlicher Betrag von 50 Pfg.** zur Berechnung.

Auch werden dem Gasabnehmer auf Verlangen einfache Beleuchtungskörper und Kochapparate mietweise zur Verfügung gestellt. Die jeweils nach Umfluß von 2 Kalendermonaten zur Erhebung kommende Miete beträgt für jede Lampe und für jeden Kochapparat 10 Pfg. für ein Kalendermonat und ist mindestens für 12 Monate zu bezahlen. Bezüglich der näheren Bedingungen verweisen wir auf die §§ 19, 26 und ff der Gasbezugsordnung 3490.2

Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Karlsruhe.

Koks-Bestellung.

Das Gaswerk übernimmt die Lieferung von Koks im **Abonnement** für die Zeit vom 1. September 1905 bis 31. August 1906.

Bestellscheine, auf welchen die Abonnementsbedingungen angegeben sind, ließen wir den vorjährigen Abonnenten zustellen, auch werden solche Scheine an den Verkaufsstellen Gaswerk I, Kaiserallee 11 und Gaswerk II bei Gottesau, sowie im Verkaufslokal für Gasapparate, Kaiserstraße 239, Ecke Hirschstraße, verabfolgt.

Die **Abonnementspreise** sind die gleichen wie im vorigen Jahr und kostet:

Nußkoks (zerkleinert und gesiebt), für Zimmeröfen jeder Art, sowie für Herdbrand geeignet
je 100 kg. ℳ 2.30 ab Gaswerk
Stückkoks „ 100 „ ℳ 2.10 „ „

Außer Abonnement werden für je 100 kg. bis auf weiteres 20 ₰ mehr berechnet. 2508

Der **Kleinverkauf** von Koks findet in beiden Werken Samstags von 8—2 Uhr und an den übrigen Wochentagen jeweils vormittags von 11—12 Uhr und nachmittags von ½4 bis ½5 Uhr zu Tagespreisen statt, hierbei wird Koks von 25 kg. an abgegeben.

Städtisches Gaswerk Karlsruhe.

Die
Neue Zeit
Unter ständiger Mitarbeiterschaft von A. Bebel, Fr. Mehring, Paul Lafargue u. A.
Redigiert von Karl Kautsky.
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.
Preis pro Quartal Mk. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfg.

Die
Gleichheit
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.
Redigiert von Klara Zetkin.
Preis pro Quartal 55 Pfg. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pfg.

Der
Wahre Jacob
erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt.
Redigiert von B. Heymann.
Preis pro Quartal 65 Pfg., der einzelnen Nummer 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition ds. Bl.

---

800 Gewinne

kommen bei den **Zweibrücker** Rennlosen zur Ausspielung; auf 25 Lose durchschnittlich 1 Treffer. 3255 7

Ziehung 2. Oktober bestimmt.
Lose das Stück 1 Mk, 11 St 10 Mk.
so lange Vorrat reicht, bei

Carl Götz,
Hebelstraße 11/15, **Karlsruhe.**

Durlach.
„Rest. Waldhorn."
Jede Woche
Schlachttag.
Ausgezeichneter Stoff **Lagerbier** aus der **Brauerei Mayer.**
Joh. Merkle.
1671

Tücht. Schlosser
können sofort eintreten in der
Waggonfabrik Akt.-Ges.
Rastatt (Baden).

Tücht. Schmiede
können sofort eintreten 3531
Waggonfabrik Akt.-Ges.
Rastatt (Baden).

Wasche mit

Luhns
Giebt schönste Wäsche
NUR ECHT MIT ROTBAND

Alban'sche Cera-Salbe
gesetzlich geschützt
erprobt als **Heil- u. Wundsalbe** bei **Wunden** verschiedenster Art, **vernachlässigte Beinschäden, Flechten, Rheumatismus, Kopfschmerzen** usw.
Dose à 1 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
General-Depot:
Für Baden **Leopold Fiebig,** Karlsruhe.
Bestandteile Oleum Olivarum 14,0 Cerá flava 13,0, Liqu. Plumb. subacet 8,0. 3178.6

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte
P. Eberhardt
Amalienstr. 18. Telephon 1304
empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher **Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Emaillierung, Vernickelung. — Neue Pneumatiks** und **Zubehörteile** allerbilligst. — **Freilauf-Einrichtung** für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt u. wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt

---

Zwetschgen
prima großfrüchtige Ware versendet den Ztr. zu Mk. **6.—.**
Kaufmann Sutter
Lichtenau (Baden).

Badenia-Fahrräder
zu billigsten Preisen.
Reparaturen bei billigster Berechnung.
O. Adam,
Gaggenau. 332

Trauringe
ohne Löthfuge, gesetzl. geschützt, am billigsten und in größter Auswahl bei 3462
August Pfetsch,
Inh.: **Oskar Kirschke,**
Kriegstraße 12.

Unfehlbarer
50 Pf. **Wanzentod** 50 Pf.
ebenso **Nissin** für Läuse
zu hab. b. **Otto Mayer,** Wilh.-St. 20.

Gipserwerkzeuge
in großer Auswahl, vorzügl Fabrikat, empfiehlt 3216
J. Bähr,
Waldstraße 51.

Rollwagen
zum Ausziehen ist **auszuleihen.**
Marienstraße 13, 1. St.

Wegen Räumung
verkaufe ich **1 Taschen- und Stoffdivan, Ottomane u. 2 Matratzen** zum Selbstkostenpreis. 3527.3
Ochner, Schützenstraße 46.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe.
Wähler-Versammlung.
Mittwoch den 27. September, abends 8 Uhr im **„Apollotheater"**, Marienstraße 16,

Referenten: Redakteur W. Kolb, Kandidat für den 4. Wahlbezirk (Südstadt) und Dr. Ludw. Frank.

Tagesordnung: Die Landtagswahlen.
Freie Diskussion.
Sämtliche Wähler sind eingeladen.
Das sozialdem. Wahlkomitee.

Leopold Kölsch
Weiss & Kölsch Detail
Kaiserstrasse 211
Karlsruhe
Telephon 160. Gegründet 1844.

Strickwolle
Strümpfe, Strumpflängen, Socken
sind
Spezialität des Hauses seit 61 Jahren.

Unerreichte Auswahl in jeder Preislage.

Anstricken von Strümpfen und Socken
und
3440 **Neuanfertigung jeder Art**
auf eigenen Maschinen zu allerbilligsten Preisen und in kürzester Frist.

P. Hirt, Karlsruhe, Rüppurrerstraße 36 und Wilhelmstraße 35
Größtes Lager solider 3342.6

Holz- u. Polster-Möbel
in allen Stilarten u. Preislagen.
Musterbuch gratis u. franko zu Diensten.

Ottomane	3-teilige Taschen-Diwans	Coteline-Diwans
von 22 Mk. an.	in Crin d'Afrie, gepolstert, von 45 Mk. an.	von 32 Mk. an.

Bettstellen mit Rost, Matratze und Polster von 40 Mk. an.

Möbel- und Aussteuergeschäft
J. Levy
Karlsruhe, Markgrafenstr. 21—23

Ganze Aussteuern sowie einzelne Möbel in bester Ausführung zu denkbar billigsten Preisen.

Eigene Tapezierwerkstätte.

Großes Lager in Spiegeln, Bildern, Kochherden, Regulateuren mit Schlagwerk, 14-tägig, Bettfedern.

Englische Schlafzimmer und Büffets.

3223.10

Polierte Bettstellen mit Muschelaufsatz, innen eichen, mit Rost, Matratze und Polster, von 70 Mk. an.

polierte Waschkommode mit Marmor von 35 Mk. an.	Chiffonniers matt und Glanz, in eichen mit Muschelaufsatz von 38 Mk. an.	polierte Schreibtische von 27 Mk. an.

Der
Neue Weltkalender
ist angekommen.

Zu beziehen durch die
Exped. des „Volksfreund",
Luisenstrasse 24.

Mark 180,000 baar
Mark 50,000 Haupttreffer
kann jeder gewinnen, der in der
Ulmermünsterlotterie
spielt. **Ziehung 10.—12. Oktober. Lose à 3.— Mk. Porto und Liste 30 Pfg.** bei

Carl Götz,
3543.6 **Hebelstraße 11/15. Karlsruhe.**

Arbeitsvergebung.
Zum Neubau der **Mittelschule mit Turnhalle und Dienstwohnungs-Gebäude** an der Gartenstraße sollen
Maurerarbeit und
Granitlieferung
im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Angebotsformulare, Zeichnungen und Bedingungen können im Rathaus, 2. Obergeschoß, Zimmer 104 abgeholt bezw. eingesehen werden.

Daselbst sind auch die Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens
Mittwoch den 11. Oktober d. J., nachmittags 4 Uhr,
dem Schluß der Ausschreibung, einzureichen.

Karlsruhe, 22. September 1905.
Städt. Hochbauamt.

Pfänder-Versteigerung.
Am 25. und 26. ds. Mts. jeweils nachmittags 2 Uhr anfangend, findet eine Fortsetzung unserer Pfänderversteigerung statt.

Zum Ausgebot kommen:
Montag: Kleider, Weißzeug, Betten, Uhren, Ringe 2c.
Dienstag: gold. und silb. Uhren, Ringe, Fundgegenstände.

An obigen Steigerungstagen ist die Pfandleihkasse ausnahmsweise nur vormittags von 8 bis 12 Uhr geöffnet. 3574.2

Karlsruhe, 23. September 1905.
Städt. Spar- u. Pfandleihkasse-Verwaltung. 3574.2

Nächste grosse!
Wohltätigkeits-Geld-Lotterie
des Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz.
Ziehung garant. 4. Oktober
Beste Gewinnchancen!
3388 Baargewinne ohne Abzug M.
44,000
1. Hauptgew. Mk. 15,000
2. „ „ 5000
2 à 1000 = Mk. 2000
4 à 500 = Mk. 2000
3380 Gew. zus. 20,000
Los 1 M. 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 30 Pf. versendet **J. Stürmer,** Gen.-Deb., Strassburg i. E., in Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr. 11/15. 3266.16

In Karlsruhe: E. Dahlemann, J. Heppes, Chr. Wieder. In Karlsruhe: L. Michel, F. Haselwander, B. Flüge.

Komplette
Aussteuern
zu Mk. **250.—, 350.—, 430.—,** mit engl. hellpol. Schlafzimmer **650** u. höher. **Federbetten** in jeder Preislage liefert das 3042.5
Betten- und Möbelgeschäft
Jos. Kirrmann
Hebelstraße 4.

Rastatter Spar-Kochherde
(emailliert und lackiert),
Gaggenauer Gas-Spar-Kochplatten, Oefen, Herdschiffe, Kohlenbecken, Kohlenschaufeln
2c. 2c. empfiehlt in großer Auswahl zu den billigsten Preisen 3584.12
Ernst Marx, Kaiserstr. 24.
Kataloge gratis u. franko.

Für die Genossen
extra billige Preise!
Eine Taschenuhrfeder, nebst ölen **90 Pfg.**
ein Uhrglas 15 Pfg.
ein Zeiger 15 Pfg.
andere Reparaturen ebenfalls billigst.
Beste und billigste Bezugsquelle von **Verlobungsringen** nach Maß, sowie Taschenuhren und Uhrketten. Im Interesse der werten Kundschaft betone hiermit, daß ich auch wirklich gelernter Uhrmacher bin. **Kein Laden,** daher billige Preise. 3576.3
Carl Siede, Uhrmacher,
Wielandtstraße 20.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen:

19. Sept.: Julius Hüser von Kappel, Kaufmann in Konstanz, mit Emma Müller von Balg. Adolf Rinderspacher von Lindach, Restaurateur hier, mit Luise Pleuler von Lahr. Paul Klinger von Grünstadt, Tapezier in Beiertheim, mit Marie Gantert von hier. 21. Sept.: Karl Bürk von Enslingen, Hausdiener hier, mit Flora Pfeifer von Bernbach. Josef Schönleber von Mannheim, Justizaktuar hier, mit Auguste Schmitt von hier. Karl Keilbach von Rüppurr, Schlosser hier, mit Barbara Ziegler von Hang. Oswald Greiser von Kessel, Vizewachtmeister hier, mit Karoline Klein von Knielingen.

Todesfälle:

17. Sept.: Karl, alt 19 Tage, V. Friedrich Göhmann, Wirt. 18. Sept.: Gustav Sauer, städt. Assistent, ledig, alt 35 Jahre. Klara, alt 28 Tage, V. Hugo Holzer, Glaser. 19. Sept.: Helene, alt 5 Monate, Vater Karl Battiti, Schachtmeister. 20. Sept.: Richard, alt 3 Monate 17 Tage, V. August Haag, Opernsänger. Wilhelm Liede, Ref.-Führer, ein Ehemann, alt 36 Jahre. Leo Derichs, Kaufmann, ledig, alt 26 Jahre. Wilhelm, alt 2 Monate 4 Tage, V. Gustav Ruder, Kaufmann.